

DIW

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1986

Die Lage der Weltwirtschaft	535
Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland	541

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 43/86

Berlin

23. Oktober 1986

53. Jahrgang

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1986

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Essen:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
(Institut für Konjunkturforschung)

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg

Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in München am 17. Oktober 1986

Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

Seit dem Frühjahr ist die Weltkonjunktur wieder etwas deutlicher aufwärtsgerichtet als zuvor; vor allem in Westeuropa beschleunigte sich, nach der Abflachung zu Jahresbeginn, die wirtschaftliche Expansion. Als Folge der drastischen Verbilligung des Erdöls kam in den Industrieländern der Preisanstieg fast zum Stillstand, und der damit verbundene Realeinkommensschub regte Nachfrage und Produktion an. Hinzu kam, daß die Geldversorgung reichlich blieb und die Zinsen zumeist noch nachgaben. Die Beschäftigung stieg weiterhin leicht an, doch war die Arbeitslosigkeit nach wie vor hoch.

Der Ölpreissturz und die immer niedrigere Bewertung des Dollars haben Anpassungsprozesse eingeleitet, die

die konjunkturelle Entwicklung in den einzelnen Ländern in sehr unterschiedlicher Weise beeinflussen. So steht der Anregung der Nachfrage in den ölimportierenden Ländern eine Dämpfung der Nachfrage in den ölexportierenden Ländern gegenüber. Die niedrigere Bewertung des Dollars wiederum belastet tendenziell das Konjunkturklima in den Ländern, deren Wirtschaft in intensivem Wettbewerb mit Anbietern aus dem Dollarraum steht, während letztere tendenziell begünstigt werden.

Die anhaltende Dollarschwäche ging vor allem auf eine außerordentlich expansive Geldpolitik in den USA zurück. Die Zentralbank war primär auf eine Anregung der Nachfrage bedacht, während angesichts des Ölpreisrückgangs kaum Gefahren für die Preisstabilität gesehen wurden. Die Geldpolitik in den meisten anderen Industrieländern

**Reales Bruttosozialprodukt und Verbraucherpreise
in den wichtigsten Industrieländern**
Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr¹

	Gewicht in vH	Bruttosozialprodukt			Verbraucherpreise		
		1985	1986	1987	1985	1986	1987
BR Deutschland	7,8	2,5	3,0	3,0	2,2	-0,5	1,5
Frankreich	6,2	1,1	2,5	2,5	5,8	2,5	3,5
Großbritannien	5,4	3,6	2,0	2,0	6,1	3,5	4,5
Italien	4,5	2,3	3,0	3,0	9,2	6,5	6,0
Spanien	2,1	2,1	2,5	3,0	8,8	8,5	6,0
Niederlande	1,6	2,0	1,5	2,0	2,3	0,0	1,0
Schweden	1,2	2,3	2,0	2,5	7,4	4,0	4,0
Schweiz	1,2	4,0	3,0	2,5	3,4	1,0	2,0
Belgien	1,0	1,3	2,0	2,0	4,9	1,5	2,0
Österreich	0,8	3,0	2,5	2,5	3,2	1,5	2,5
Norwegen	0,7	4,2	3,0	2,0	5,7	7,0	7,0
Dänemark	0,7	3,8	3,0	2,5	4,7	3,5	3,5
Westeuropa ²	33,2	2,4	2,6	2,6	5,3	2,8	3,5
USA	46,5	2,7	2,5	3,0	3,6	2,0	4,0
Japan	16,0	4,5	2,5	3,0	2,1	0,5	0,5
Kanada	4,3	4,0	3,0	3,0	4,0	4,0	5,0
Insgesamt ²	100	2,9	2,5	2,9	4,0	2,1	3,3
Nachrichtlich ³		2,5	2,4	2,5	5,1	2,7	3,4

1) Veränderungen für 1986 und 1987 geschätzt. — 2) Summe der aufgeführten Länder. Gewichtung gemäß Bruttosozialprodukt von 1984. — 3) Gewichtet mit Anteilen an der deutschen Ausfuhr 1985.

folgte, wenn auch nicht in vollem Maße, dem Kurs der amerikanischen Zentralbank.

Die Prognose der weltwirtschaftlichen Entwicklung basiert auf der Hypothese, daß sich der Ölpreis zumindest bis Ende des nächsten Jahres nicht mehr wesentlich verändert. Dabei wird angenommen, daß die OPEC die im vergangenen Monat eingeführte Begrenzung des Angebots beibehält.

Unsicherheit für die Prognose ergibt sich aus den vielfältigen, schwer einschätzbaren Überlagerungen und Wechselwirkungen, die mit den strukturellen Anpassungen an Ölpreissturz und Dollarabwertung verbunden sind. Unsicherheit entsteht aber auch aus dem offensichtlichen Mangel an Konsens zwischen den Regierungen wichtiger Industrieländer über die Grundzüge einer Wirtschaftspolitik, die den Weg zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum und damit zu höherer Beschäftigung und zur Erleichterung der Verschuldungskrise zu ebnen verspricht.

Auf der einen Seite erwarten die USA von den übrigen Industrieländern, daß sie die Wirtschaftspolitik expansiver gestalten und damit Impulse geben, die nicht nur die Nachfrage in den betreffenden Ländern selbst verstärken,

sondern auch auf die gesamte Weltwirtschaft ausstrahlen. Auf der anderen Seite werden in wichtigen westeuropäischen Volkswirtschaften zusätzliche Expansionsmaßnahmen nicht ergriffen, weil bei einer Forcierung des Nachfrageanstiegs ein Wiederaufleben der Inflation befürchtet wird. Die sehr expansive Geldpolitik in den USA aber stellt die übrigen Industrieländer vor die Entscheidung, entweder eine fortgesetzte Verschlechterung ihrer Wettbewerbsposition mit negativen Rückwirkungen auf die konjunkturelle Entwicklung hinzunehmen oder die monetäre Expansion noch zu verstärken, um eine weitere Aufwertung ihrer Währungen zu verhindern.

Es gibt aber Gründe, die eine unveränderte Fortführung der amerikanischen Wirtschaftspolitik im kommenden Jahr nicht erwarten lassen. Mit dem Abklingen der Energieverbilligung wird vermutlich die Sorge um eine Verstärkung von Inflationserwartungen gewichtiger und damit eine Verlangsamung des Geldmengenwachstums durch die Zentralbank wahrscheinlicher. Dies brauchte nicht mit einem kräftigen Wiederanstieg der Zinsen verbunden zu sein, zumal die finanzpolitischen Bemühungen um die Konsolidierung des Bundeshaushalts nach den Wahlen im nächsten Monat größere Aussicht auf Erfolg haben. Es dürfte indes nicht zu einer so raschen Reduzierung der Defizite kommen, daß eine starke kurzfristige Dämpfung der Nachfragezunahme zu erwarten wäre.

Bei einer Verlangsamung der monetären Expansion in den USA dürften auch die Zentralbanken in den anderen Industrieländern im Laufe des nächsten Jahres einen weniger expansiven Kurs verfolgen, nicht zuletzt weil sie dann keine nennenswerte weitere Aufwertung gegenüber dem Dollar zu befürchten haben. Die Finanzpolitik schlägt lediglich in Japan einen expansiveren Kurs ein. In den westeuropäischen Volkswirtschaften dominiert nach wie vor das Konsolidierungsziel, wenngleich die staatlichen Finanzierungsdefizite im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt insgesamt nur wenig sinken. In einzelnen Ländern behindert der beträchtliche Ausfall von Einnahmen aus der Förderung von Erdöl und Erdgas den Defizitabbau.

Unter diesen Bedingungen werden Nachfrage und Produktion in den Industrieländern auch im nächsten Jahr weiter steigen. Allerdings wird das Tempo der Aufwärtsbewegung mit dem Fortfall ölpreisbedingter Realeinkommensimpulse und nach dem Einschwenken der Geldpolitik auf eine weniger expansive Linie im Jahresverlauf etwas nachlassen. Im Jahresdurchschnitt wird der Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts 1987 mit annähernd 3 vH gleichwohl etwas höher sein als 1986 mit 2,5 vH. Die Zuwachsraten werden dabei in Westeuropa eher etwas niedriger als in den USA sein, auch weil die westeuropäischen Anbieter aufgrund der merklichen Aufwertung ihrer Währungen Marktanteile verlieren.

Das Leistungsbilanzdefizit der USA und die Überschüsse insbesondere Japans und der Bundesrepublik Deutschland werden sich allmählich verringern. Auch die

zusammengefaßte Leistungsbilanz der Entwicklungsländer wird im Jahre 1987 einen geringeren Fehlbetrag ausweisen; dies aber vor allem deshalb, weil die ölexportierenden Länder ihre Importe weiterhin deutlich einschränken werden. Bei dem verhaltenen Anstieg der Nachfrage der Industrieländer werden sich die Absatzbedingungen für die Entwicklungsländer nur wenig verbessern. Um so wichtiger ist es daher, daß die Industrieländer ihre Märkte für die Produkte dieser Länder weiter öffnen. Damit fällt der anstehenden GATT-Runde eine wichtige Rolle zu.

Mäßige Aufwärtsentwicklung in den USA

Gesamtwirtschaftliche Nachfrage und Produktion erhöhen sich in den USA seit etwa zwei Jahren mit einer Jahresrate von reichlich 2 vH. Diese Entwicklung wird hauptsächlich durch die anhaltende Expansion im Dienstleistungssektor getragen. Die Zahl der Beschäftigten nahm fast in gleichem Maße zu wie die gesamtwirtschaftliche Produktion. Die Arbeitslosenquote verharrte indes bei 7 vH. Nachdem die Verbraucherpreise im Frühjahr mit der Verbilligung von Mineralölprodukten deutlich gesunken waren, erhöhten sie sich in den folgenden Monaten wieder. Ihr Anstieg entsprach im Laufe der letzten drei Monate einer Jahresrate von knapp 3 vH.

Die Expansion der Nachfrage ging vor allem von den privaten Haushalten aus. Infolge der anhaltenden Beschäftigungsausweitung erhöhten sich die verfügbaren Einkommen trotz einer Abflachung des Lohnanstiegs weiterhin merklich; zudem stieg die Kaufkraft aufgrund des Rückgangs der Verbraucherpreise im Frühjahr. Der private Verbrauch nahm daher kräftig zu. Auch die Investitionen im Wohnungsbau wurden, angeregt vom Zinsrückgang seit Mitte 1985, erheblich ausgeweitet. In den letzten Monaten ging allerdings die Zahl der neubegonnenen Bauten etwas zurück. Die gewerblichen Anlageinvestitionen wurden im ersten Halbjahr deutlich vermindert. Hier überwogen die drastischen Kürzungen in der Ölindustrie, in der übrigen Wirtschaft dürften die Investitionen leicht gestiegen sein. In den letzten Monaten haben vorsichtigere Lagerdispositionen den Produktionsanstieg gebremst.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit amerikanischer Unternehmen hat sich mit dem Rückgang des Dollarkurses erheblich verbessert. Vom Frühjahr 1985 bis Herbst dieses Jahres hat sich der Außenwert des Dollar gegenüber den Währungen der anderen Industrieländer um fast ein Drittel verringert. Die reale Ausfuhr nahm gleichwohl im bisherigen Verlauf des Jahres kaum zu. Der Anstieg der Importe, der bis zum Frühjahr noch sehr kräftig war, schwächte sich indes ab; die Preise eingeführter Industriegüter sind zuletzt deutlich gestiegen. Aufgrund der starken Verbilligung von Erdöl verbesserten sich die Terms of Trade bis zur Jahresmitte merklich. Das Defizit in der Handelsbilanz nimmt seit Jahresbeginn nicht mehr zu. Von Januar bis August war es allerdings

noch deutlich höher als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Die Zentralbank verfolgt seit dem Frühjahr einen noch expansiveren Kurs als zuvor. Offenbar schätzt sie die Gefahr erneut aufkommender Inflationserwartungen geringer ein als die Gefahr eines Konjunkturerinbruchs. Der Diskontsatz wurde von 7,5 vH zu Beginn des Jahres auf 5,5 vH herabgesetzt. Die Geldmenge M1 stieg im Laufe des letzten halben Jahres mit einer Jahresrate von etwa 18 vH. Wenn das Niveau der langfristigen Zinsen trotz der weiteren Diskontsenkungen und des langsamen Produktionsanstiegs seit einem halben Jahr nicht weiter nachgab, so dürfte sich hierin auch die Erwartung eines wieder stärkeren Preisauftriebs niedergeschlagen haben. Angesichts der fortbestehenden konjunkturellen Risiken wird die Zentralbank ihren expansiven Kurs wohl nur allmählich korrigieren.

In der Finanzpolitik stand während der letzten Monate die Verabschiedung der Steuerreform im Vordergrund; diese tritt ab Januar 1987 stufenweise in Kraft. Die Reform vereinfacht das Steuersystem über die Verringerung der Zahl der Steuersätze und die Abschaffung der meisten Ausnahmeregelungen. Dabei ergibt sich eine Verlagerung der Steuerbelastung von den privaten Haushalten zu den Unternehmen aber auch innerhalb des Unternehmenssektors. Die Auswirkungen der Reform auf die Konjunktur sind indes unsicher. Vor allem ist nicht absehbar, ob die Investitionsneigung durch die Einschränkung der steuerlichen Investitionsanreize stärker beeinträchtigt wird, als sie durch die Senkung der Körperschaftsteuer angeregt wird.

Die Konsolidierung des Staatshaushalts ist noch nicht in Gang gekommen. Im Ende September abgeschlossenen Haushaltsjahr 1985/86 stieg das Budgetdefizit nochmals, auf etwa 230 Mrd. \$, das entspricht 5 ½ vH des Sozialprodukts. Für das laufende Fiskaljahr ist gemäß dem Gramm-Rudman-Gesetz ein Fehlbetrag von maximal 154 Mrd. \$ zulässig. Dieses Ziel wäre indes nicht ohne eine erhebliche Dämpfung von Nachfrage und Produktion erreichbar. Hier wird angenommen, daß es nach den Wahlen im November gelingt, das Haushaltsdefizit durch eine Begrenzung des Ausgabenanstiegs spürbar zu verringern, aber nicht in dem gesetzlich vorgesehenen Maße.

Die kräftige monetäre Expansion begünstigt einen rascheren Anstieg der Inlandsnachfrage. So werden die gewerblichen Investitionen insgesamt wieder leicht steigen, zumal die Kontraktion in der Ölindustrie voraussichtlich bald nachlassen wird. Der private Verbrauch wird sich wohl weiter merklich erhöhen. Anstöße für die wirtschaftliche Aktivität werden nunmehr auch von der niedrigeren Bewertung des Dollars ausgehen; die dämpfenden Wirkungen der Dollarabwertung auf die Einfuhr und die Anregungen für die Ausfuhr werden deutlicher werden. Alles in allem dürfte sich der Anstieg der Produktion, auch bedingt durch eine günstigere Lagerentwicklung, etwas ver-

stärken. Insgesamt wird das reale Bruttosozialprodukt im Jahr 1986 um 2½ vH zunehmen.

Im Verlauf des kommenden Jahres dürfte sich die Expansion wieder etwas verlangsamen. Gleichwohl wird die Zuwachsrate im Vorjahresvergleich wegen des relativ hohen Überhangs 3 vH betragen. Die Beschäftigung wird weiterhin steigen und die Arbeitslosigkeit leicht zurückgehen. Der Preisauftrieb wird sich mit dem Nachlassen der stabilisierenden Effekte des Ölpreistrückgangs beschleunigen; die Verbraucherpreise werden sich im kommenden Jahr mit rd. 4 vH deutlich stärker erhöhen als 1986. Nach fünfjährigem Anstieg dürfte sich das Leistungsbilanzdefizit im Jahr 1987 erstmals etwas verringern.

Verhaltene Expansion in Japan

Nachfrage und Produktion stiegen in Japan im bisherigen Jahresverlauf nur noch langsam. Entscheidend dafür war die starke Aufwertung des Yen; sie drückte die Exporte deutlich. Der Anstieg der Importe war in erster Linie auf eine temporäre Erhöhung von Goldkäufen zurückzuführen. Die Investitionen in exportorientierten Wirtschaftszweigen wurden eingeschränkt; in anderen Bereichen stiegen sie. Insgesamt erhöhten sich die Anlageinvestitionen kaum noch. Der private Verbrauch expandierte beschleunigt. Angeregt durch sinkende Zinsen und staatliche Förderprogramme nahm der Wohnungsbau weiter zügig zu.

Obwohl der Außenbeitrag real schon deutlich zurückging, stieg der Leistungsbilanzüberschuß weiter in raschem Tempo, da sich die Terms of Trade überaus stark verbesserten. Unter dem Eindruck der konjunkturellen Abkühlung gab die japanische Regierung dem Drängen insbesondere der USA auf stimulierende Maßnahmen nach. Das im September beschlossene Programm, das einen Umfang von etwa 1 vH des Bruttosozialprodukts hat, sieht vor allem zusätzliche Bauinvestitionen des Staates vor, in geringerem Umfang aber auch weitere Hilfen für „aufwertungsgeschädigte“ kleine und mittlere Unternehmen und Zinsverbilligungen für den privaten Wohnungsbau. Allerdings wird offenbar ein erheblicher Teil durch Umschichtungen im Haushalt finanziert werden; das Ziel der Haushaltskonsolidierung soll offenbar grundsätzlich nicht aufgegeben werden. Von der Geldpolitik gehen seit dem Frühjahr deutlich expansive Impulse aus; dieser Kurs dürfte vorerst beibehalten werden.

Die höhere Bewertung des Yen — insbesondere gegenüber dem US-Dollar — wird auch noch im nächsten Jahr die Nachfrage aus dem Ausland schwächen. Die Ausfuhr wird deshalb voraussichtlich nicht nennenswert zunehmen. Die Investitionsneigung in den Exportindustrien wird auch über das Jahresende 1986 hinaus durch die ungünstigen Absatz- und Ertragsaussichten gedämpft, wäh-

rend sie in den inlandsorientierten Wirtschaftszweigen wohl hoch bleiben wird. Insgesamt werden die gewerblichen Anlageinvestitionen in diesem und im nächsten Jahr nur wenig zunehmen. Wohnungsbau und öffentlicher Bau dürften hingegen merklich expandieren. Die Verbraucherpreise werden unter den Nachwirkungen der starken Aufwertung des Yen und der Ölverbilligung im nächsten Jahr annähernd stabil bleiben. Die realen verfügbaren Einkommen und der private Konsum werden etwa im bisherigen Tempo zunehmen. Das reale Bruttosozialprodukt wird 1987 voraussichtlich um 3 vH höher als im Vorjahr sein, nach einem Anstieg von etwa 2½ vH 1986.

Binnennachfrage trägt Konjunkturanstieg in Westeuropa

In Westeuropa hat sich der Anstieg der Produktion, nach der Verlangsamung zu Beginn des Jahres, im Sommerhalbjahr wieder verstärkt. Ausschlaggebend hierfür war die kräftigere Expansion der Binnennachfrage, während die Ausfuhr kaum zunahm. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich nur geringfügig gebessert. Der Rückgang des Ölpreises und des Dollarkurses dämpfte den Anstieg der Verbraucherpreise deutlich.

Der private Verbrauch wurde erstmals seit Beginn der achtziger Jahre wieder zur wichtigsten Stütze der Konjunktur. Ausschlaggebend waren die Realeinkommenseffekte der Einfuhrverbilligung. Nachdem diese Impulse in den ersten Monaten des Jahres nur langsam wirksam geworden waren, erhöhten die Konsumenten ihre Nachfrage im weiteren Jahresverlauf kräftig. Am kräftigsten expandierte der private Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden und der Schweiz. Besonders lebhaft war der Absatz von langlebigen Konsumgütern, namentlich von Personenkraftwagen.

Die Ausrüstungsinvestitionen expandierten weiterhin in zügigem Tempo, da sich die Ertragslage der Unternehmen fast überall nochmals verbesserte und die Absatzerwartungen günstig blieben. Die Investitionstätigkeit ist nunmehr in verschiedenen Bereichen zunehmend auf Kapazitätserweiterung gerichtet. Wichtigstes Investitionsmotiv blieb indes weiterhin die Modernisierung und Rationalisierung der Produktionsanlagen. Im Gefolge des Anstiegs der Ausrüstungsinvestitionen wurden auch die Investitionen im gewerblichen Bau erhöht. Der Wohnungsbau hat sich nach mehrjährigem deutlichen Rückgang in vielen Ländern bei günstigeren Finanzierungsbedingungen und steigenden Realeinkommen wieder belebt.

Die Ausfuhr der westeuropäischen Länder nahm kaum zu. Zwar expandierte der innereuropäische Handel wieder lebhafter. Aber die Lieferungen nach Nordamerika und in die ölimportierenden Entwicklungsländer erhöhten sich nur langsam, während der Export in die OPEC-Län-

der und nun auch in die Staatshandelsländer stark zurückging. Gleichzeitig nahm die Einfuhr Westeuropas aus Drittländern rasch zu. Der reale Außenbeitrag verminderte sich. Dennoch stieg der Leistungsbilanzüberschuß weiter, da sich die Terms of Trade infolge des rückläufigen Dollarkurses und des erheblich niedrigeren Ölpreises merklich verbesserten. In den Ölexportländern Großbritannien und Norwegen wiesen die Leistungsbilanzen allerdings zuletzt Defizite aus.

Die Verbraucherpreise stiegen insgesamt nur noch wenig; in mehreren Ländern waren sie annähernd stabil oder gar rückläufig. Ausschlaggebend hierfür war die starke Verbilligung der Einfuhr infolge des Ölpreissturzes und der starken Aufwertung der meisten westeuropäischen Währungen gegenüber dem Dollar bei anhaltendem Preisdruck auf den Märkten für Rohstoffe. Die aktuellen Teuerungsraten unterzeichnen indes die grundlegende Preistendenz: Der inländische Preisanstieg ist in mehreren Ländern deutlich stärker, wie nicht zuletzt die anhaltende Verteuerung von Dienstleistungen zeigt.

Der Lohnanstieg hat sich insgesamt weiter etwas verlangsamt. Zu einer anhaltenden Dämpfung kam es vornehmlich in Italien, Frankreich und den Niederlanden. Kräftig blieben die Lohnsteigerungen trotz der überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit in Großbritannien. Die Lohnstückkosten erhöhten sich, bei auslastungsbedingt wieder leicht verstärktem Anstieg der Produktivität, insgesamt verlangsamt.

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich die Lage leicht gebessert. Die Beschäftigung nahm etwas zu, vor allem im Dienstleistungssektor. Zudem hielt der Rückgang der Kurzarbeit in mehreren Ländern an. Die Zahl der offenen Stellen erhöhte sich; darin kommt auch ein wachsender Mangel an Facharbeitskräften zum Ausdruck. Dennoch verringerte sich die Arbeitslosigkeit nur in wenigen Ländern.

Die Geldpolitik verfolgte im Sommerhalbjahr in vielen Ländern einen recht expansiven Kurs. Sie dürfte aber die monetäre Expansion im nächsten Jahr wieder verlangsamen, um die bisherigen Stabilisierungserfolge nicht zu gefährden. Gleichwohl werden die Zentralbanken bestrebt bleiben, die Fortsetzung der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung zu unterstützen.

Die Finanzpolitik setzt die Bemühungen um eine Konsolidierung der Staatshaushalte auch im kommenden Jahr fort. Die Budgetdefizite sollen überwiegend durch eine Beschränkung der öffentlichen Ausgaben und nicht über eine Erhöhung von Steuern und Abgaben vermindert werden. Nur wenige Regierungen sehen Raum für steuerliche Erleichterungen.

Bei dieser Wirtschaftspolitik dürfte sich die Zunahme von Nachfrage und Produktion zunächst im bisherigen Tempo fortsetzen. Im Verlauf von 1987 wird sich die Expansion der Inlandsnachfrage nicht zuletzt wegen des Nachlassens der stimulierenden Wirkungen, die vom

Rückgang des Ölpreises ausgehen, wieder verlangsamen. Vor allem dürfte der private Verbrauch schwächer zunehmen. Bei den Ausrüstungsinvestitionen ist ein nicht ganz so rascher Anstieg wie in diesem Jahr zu erwarten, während sich die Bautätigkeit wohl noch etwas verstärken wird. Die Ausfuhr in die übrige Welt wird nicht nennenswert steigen, während die Einfuhr weiter zügig expandiert.

Das reale Brutto sozialprodukt dürfte in Westeuropa 1987, wie schon im laufenden Jahr, um 2 ½ vH zunehmen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich weiter leicht bessern; doch wird die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau verharren. Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte mit rd. 3½ vH etwas stärker sein als in diesem Jahr, da die außenwirtschaftlichen Stabilisierungseinflüsse abklingen und inländische Faktoren den Preisanstieg wieder stärker prägen.

Rohstoffpreise steigen kaum

Die wirtschaftliche Expansion in den Industrieländern war nicht stark genug, um den Verbrauch von Rohstoffen spürbar zu steigern. Auch die Lagerdispositionen der Verarbeiter blieben deshalb sowie angesichts anhaltender Bemühungen um Kostensenkung verhalten. Da das Angebot zudem reichlich war, standen die Preise im allgemeinen unter Druck. Das Preisniveau war zwar auf Dollarbasis im Herbst etwas höher als im Frühjahr, doch für die meisten Länder außerhalb des Dollarraumes haben sich Rohstoffe erheblich verbilligt.

Bei der mäßigen wirtschaftlichen Expansion in den westlichen Industrieländern wird der Rohstoffverbrauch weiterhin nicht nennenswert zunehmen. Unter diesen Umständen dürften die Verarbeiter auch ihre zurückhaltende Vorratspolitik kaum ändern. Andererseits wird das Angebot reichlich bleiben. Zwar neigen bei den niedrigen Preisen Rohstoffproduzenten namentlich in den Industrieländern mehr als bisher dazu, Überschüsse durch Produktionseinschränkungen abzubauen. Doch werden die Entwicklungsländer angesichts ihrer hohen Verschuldung weiterhin auf eine Steigerung ihrer Rohstoffexporte bedacht sein. Insgesamt wird es im weiteren Verlauf dieses Jahres sowie im nächsten Jahr voraussichtlich nicht zu Preissteigerungen kommen.

Der Beschluß der OPEC, die Ölproduktion ab September von über 20 Mill. Barrel auf 16,8 Mill. Barrel pro Tag zurückzunehmen, hat im August zu einem deutlichen Anstieg der Notierungen auf den internationalen Märkten geführt. Die Preise, die Mitte des Jahres zeitweise unter 10 \$ je Barrel gelegen hatten, waren aber auch zuletzt mit 14 bis 15 \$ je Barrel nur halb so hoch wie zur Jahreswende. Verbraucher und Verarbeiter in den Industrieländern haben ihre Vorräte im Laufe des Jahres überaus kräftig aufgestockt, so daß es im Winterhalbjahr nicht zu dem saisonüblichen Nachfrageanstieg kommen wird. Auch in den Ölexportländern wurden die Vorräte bis zur

Einschränkung der Produktion stark erhöht. Die Ölpreise dürften unter diesen Umständen selbst bei Aufrechterhaltung der Produktionsbeschränkungen kaum weiter steigen. Hier wird angenommen, daß sich der Ölpreis im Jahre 1987 bei etwa 15 \$ je Barrel bewegen wird.

Auf den Weltmärkten für Nahrungs- und Genußmittel hat sich der Angebotsdruck im Laufe dieses Jahres infolge großer Ernten bei ohnehin hohen Vorräten in wichtigen Exportländern erheblich verstärkt. Die Preise sind seit März überwiegend deutlich gesunken. Für die neue Saison 1986/87 ist unter normalen Witterungsbedingungen mit wenig niedrigeren Ernten zu rechnen, da die Anbauflächen bei Getreide, Sojabohnen und Zucker nur leicht verringert werden. Das Angebot wird deshalb reichlich bleiben, zumal die USA im Rahmen der Neuorientierung ihrer Agrarpolitik bestrebt sind, den Export von Agrarprodukten zu fördern, um einen Abbau ihrer hohen Bestände zu erreichen. Die Erwartung eines reichlichen Angebots hat sich bereits in der Baisse niedergeschlagen. Die Notierungen dürften in der nächsten Zeit auf dem relativ niedrigen Niveau verharren. Bei Kaffee und Kakao setzt sich der Preisanstieg wohl nicht fort. Insgesamt wird sich das Preisniveau auf den Weltmärkten für Nahrungs- und Genußmittel auch 1987 vermutlich wenig ändern.

Mäßige Expansion des Welthandels

Der reale Welthandel expandiert nach wie vor inmäßigem Tempo; im ersten Halbjahr 1986 war er etwa 3½ vH

höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Während die Nachfrage der Industrieländer wieder stärker stieg, wurden die Importe der erdölexportierenden Länder aufgrund der drastischen Verschlechterung ihrer Exporterlöse weiter erheblich eingeschränkt; die Einfuhren der übrigen Entwicklungsländer nahmen nur wenig zu. Die niedrigere Bewertung des Dollars und der Sturz der Rohölpreise haben sich auf die verschiedenen Länder und Ländergruppen, je nach ihrer Außenhandelsstruktur und der Entwicklung ihrer Währungen gegenüber dem Dollar, sehr unterschiedlich ausgewirkt. Anpassungsreaktionen an die geänderten Rahmenbedingungen werden die Entwicklung des Welthandels noch längere Zeit prägen.

Im Jahre 1987 wird die Einfuhr der Industrieländer im Zuge der anhaltenden konjunkturellen Aufwärtsentwicklung weiter steigen. Dabei werden die Importe in den westeuropäischen Volkswirtschaften und Japan, durch die Aufwertung ihrer Währung zusätzlich angeregt, merklich zunehmen; in den USA werden sie dagegen durch die Dollarabwertung gedämpft. In den erdölimportierenden Entwicklungsländern wird die Einfuhr wegen der nach wie vor drückenden Verschuldung insgesamt nur mäßig steigen, obgleich die Ölverbilligung eine fühlbare außenwirtschaftliche Entlastung brachte und die Exporterlöse sich künftig wieder erhöhen dürften. In den Erdöl-exportländern werden die Einfuhren weiterhin spürbar eingeschränkt werden. Insgesamt wird der Welthandel nur verhalten expandieren. Im Jahresdurchschnitt 1987 wird er mit schätzungsweise 4 vH zunehmen, nach etwa 3½ vH in diesem Jahr.

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland hat sich der konjunkturelle Aufschwung — nach der Schwäche im Winterhalbjahr — im Sommer gekräftigt. Nachfrage und Produktion nehmen seither wieder mit beachtlichem Tempo zu.

Zu der vorübergehenden Schwäche war es nicht nur wegen des abermals langen und harten Winters gekommen. Größeres Gewicht hatten die Verzögerungen in der Verlagerung der Auftriebskräfte von der Auslands- zur Inlandsnachfrage. Der Export mündete in einen Stagnationspfad, weil der Welthandel nur noch wenig zunahm und die erhebliche Höherbewertung der D-Mark, insbesondere gegenüber dem US-Dollar, Brems Spuren hinterließ. Die realen Einkommenseffekte von Ölpreisrückgang und wechselkursbedingter Verbesserung der Terms of Trade zeigten sich erst allmählich in einer verstärkten Zunahme der Inlandsnachfrage. Offenbar hat die gravierende Veränderung wichtiger Rahmendaten zu Unsicherheit und zu einer abwartenden Haltung geführt. Erst im Laufe des Sommerhalbjahrs setzte sich die aufwärtsgerichtete Grundtendenz wieder durch, wobei der nun kräftig anziehende private Verbrauch die Zuversicht auch der Investoren stärkte.

Von der Wirtschaftspolitik gingen im bisherigen Jahresverlauf Anstöße für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung aus. Die Geldpolitik war expansiv. Die Zentralbankgeldmenge nahm deutlich stärker zu, als es der Zielvorgabe der Bundesbank für dieses Jahr entsprach. Die Finanzpolitik hielt zwar grundsätzlich an ihrem Konsolidierungskurs fest, förderte die Nachfrage jedoch durch die erste Stufe der Steuersenkung, durch weitere steuerpolitische Maßnahmen und nicht zuletzt durch eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen.

In der ersten Hälfte dieses Jahres nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode nur um 2,5 vH zu, also um etwa einen Prozentpunkt weniger, als im Frühjahr von den an diesem Gutachten beteiligten Instituten erwartet worden war. Die Expansion der Beschäftigtenzahl setzte sich indes ungebrochen fort. Günstiger als erwartet war die Preisentwicklung; anstatt eines leichten Anstiegs ergab sich sogar ein Rückgang der Verbraucherpreise, da sich Erdöl stärker verbilligte und der Dollar weiter zurückfiel, als damals angenommen worden war.

Starke monetäre Expansion

Im Frühjahr kam die Zinssenkung auf den Anleihemärkten zum Stillstand. Seitdem ist das Kapitalmarktklima durch Unstetigkeit in den Zinserwartungen und Dispositionen der inländischen und ausländischen Anleger gekennzeichnet. Nachdem der Anleihezins bis April auf 5½% gefallen war, zog er im Mai wieder an. Seitdem bewegt er sich dicht unter der 6%-Marke.

In dieser Unstetigkeit kommt vor allem die Unsicherheit über den geldpolitischen Kurs zum Ausdruck. Die Bundesbank sah sich immer drängender werdenden Forderungen aus den USA gegenüber, durch erneute Zinssenkungen die heimische Konjunktur und damit auch die Einfuhren zu stimulieren.

Dem stand entgegen, daß die Geldmenge in der Bundesrepublik auch in den letzten Monaten kräftig expandierte. Im Sommerhalbjahr hat die Geldmenge in der Abgrenzung von Bargeld und Sichteinlagen (M1) mit einer Jahresrate von über 11 vH, die Zentralbankgeldmenge mit einer Rate von mehr als 7 vH zugenommen. Ihren Stand vom vierten Quartal 1985 übertraf die Zentralbankgeldmenge zuletzt mit einer laufenden Jahresrate von 7½ vH deutlich mehr, als sich die Bundesbank mit einer Ausweitung von 3,5 bis 5,5 vH zum Ziel gesetzt hatte. Am Jahresende dürfte die Zentralbankgeldmenge das Ziel in ähnlichem Maße übersteigen.

Bei der Beurteilung dieser Entwicklung muß berücksichtigt werden, daß der Aufbau liquider Bestände nicht nur durch den Rückgang der Zinsen für Geldkapital, sondern auch dadurch angeregt worden ist, daß viele inländische Anleger ihre — teils aus Tilgungen stammenden — disponiblen Mittel wegen der Unsicherheit über die künftige Inflations- und Zinsentwicklung nicht mehr in Rentenwerten, sondern in „Vorsichtskasse“ angelegt haben. Insgesamt ging die Geldmengenausweitung aber deutlich über das hinaus, was auf mittlere Sicht mit einem inflationsfreien Wirtschaftswachstum zu vereinbaren ist.

Angesichts dieser Lage gab die Bundesbank nicht dem Druck aus den USA nach, ihre Leitzinsen zu senken, aber sie ergriff auch keine Maßnahmen zur Eindämmung der monetären Expansion. Der Umfang und der Satz, zu dem Bankenliquidität über Pensionsgeschäfte zugeteilt wird, blieben im Sommerhalbjahr nahezu unverändert. Die Bundesbank beteiligte sich zwar an den Aktionen europäischer Zentralbanken zur Stützung des Dollarkurses, versuchte aber, die hiermit verbundenen Liquidisierungseffekte nicht voll auf die Binnenmärkte durchschlagen zu lassen.

Finanzpolitik gibt Anstöße für die Konjunktur

Die Finanzpolitik hält grundsätzlich an ihrem Ziel fest, die Neuverschuldung des Staates zurückzuführen. Mit der zu Jahresbeginn wirksam gewordenen Senkung der Steuern vom Einkommen, die zu Mindereinnahmen des Staates von 11½ Mrd.DM führt, sowie der Halbierung der Abschreibungsfrist für Wirtschaftsbauten gibt die Finanzpolitik in diesem Jahr aber auch Impulse für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Auf der Ausgabenseite des Staates zeigt sich eine partielle Lockerung des Sparkurses in der Ausweitung der staatlichen Investitionen und auch in einer stärkeren Erhöhung der Einkommensübertragungen an private Haushalte.

Die Steuereinnahmen des Staates werden dabei in diesem Jahr nur um 3,5 vH steigen, nach 4,6 vH im Vorjahr. Die Zunahme bei den direkten Steuern wird vor allem wegen der Steuerentlastung mit 4 vH nur halb so groß sein wie 1985. Die indirekten Steuern werden hingegen mit der Belebung der Ausgaben der privaten Haushalte sowie wegen der Änderungen bei der Kraftfahrzeug- und der Mineralölsteuer beschleunigt, aber weiter unterdurchschnittlich, zunehmen.

Anhaltend kräftig werden mit 5 vH die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung expandieren; hierzu führen neben einer weiter steigenden Beschäftigtenzahl und einem etwas größeren Anstieg der Tarifverdienste auch Beitragserhöhungen in der Krankenversicherung.

Anders als die Einnahmen erhöhen sich die Ausgaben des Staates in diesem Jahr stärker als im Vorjahr. Hierzu trägt vor allem bei, daß die Leistungen an die Europäische Gemeinschaft wegen der Anhebung des Mehrwertsteueranteils von 1 auf 1,4 vH kräftig steigen. Von Bedeutung sind aber auch die Aufstockung alter und die Einführung neuer Transferleistungen. Überdurchschnittlich erhöhen sich entgegen den Zielen der staatlichen Instanzen die Subventionszahlungen; so ergeben sich Mehraufwendungen bei der Kokscohlenbeihilfe als Folge des Rückgangs des Dollarkurses. Zudem wurden die nationalen Leistungen an die Landwirtschaft nach den Agrarpreisbeschlüssen der EG, die von der Bundesregierung als nicht ausreichend angesehen wurden, heraufgesetzt. Hinzu kamen die Entschädigungen nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl. Um eine Zunahme des Defizits zu verhindern, wurden für das laufende Haushaltsjahr im Bundeshaushalt Ausgaben gesperrt mit dem Ziel, 1 Mrd. DM einzusparen.

Die Ausgaben für öffentliche Investitionen steigen in diesem Jahr erstmals seit 1980 wieder deutlich. Aufgrund der verbesserten Finanzierungssituation der Gemeinden, aber auch wegen der Aufstockung der Mittel für die Stadterneuerung durch den Bund ist hier mit einer realen Ausweitung um über 5 vH zu rechnen.

Insgesamt wird der Anstieg der Staatsausgaben in diesem Jahr mit 4 vH nicht hinter dem der Einnahmen zurückbleiben. Er wird jedoch abermals geringer sein als der des nominalen Sozialprodukts, so daß sich die „Staatsquote“, die 1982 mit 49 vH ihren höchsten Stand erreicht hatte, weiter — auf 45½ vH — vermindert. Nicht zuletzt aufgrund der Steuersenkungen nimmt 1986 das Staatsdefizit nicht mehr ab. Es bleibt mit etwa 20 Mrd. DM unverändert. Dahinter verbergen sich ein Anstieg des Defizits der Gebietskörperschaften um etwa 5 auf 31 Mrd. DM und eine Erhöhung des Überschusses der Sozialversicherung um etwa 6 auf 11 Mrd. DM.

Ausfuhr stagniert

Die Warenausfuhr der Bundesrepublik wurde im bisherigen Jahresverlauf durch eine Reihe von Faktoren gebremst, so daß die Aufwärtsbewegung zum Stillstand

kam. Die Erhöhung des Außenwertes der D-Mark gegenüber dem US-Dollar betrug von März 1985 bis August 1986 immerhin 60 vH; dies hat die Exporte in den Dollarraum erheblich erschwert. Bisher ist die reale Warenausfuhr in die USA jedoch noch nicht stark beeinträchtigt worden. Hemmend wirkte zudem die Schwäche der Weltkonjunktur im ersten Halbjahr 1986. Die öllexportierenden Länder reagierten auf ihre Erlöseinbußen rasch mit einer Verringerung ihrer Nachfrage, während die stimulierenden Effekte des Ölpreyrückgangs in den westlichen Industrieländern erst spät spürbar wurden. Insgesamt hat die Ausfuhr in die Industrieländer im bisherigen Verlauf dieses Jahres nur wenig zugenommen. Die Ausfuhr in die Staatshandelsländer und in die Entwicklungsländer (ohne OPEC) sank, weil auch dort der Rückgang des Erdölpreises bzw. die ungünstige Erlössituation bei anderen Rohstoffen zu Nachfrageeinschränkungen führte.

Bei den Verbrauchsgütern war die Ausfuhr tendenziell rückläufig. Allein der Export von Investitionsgütern war aufwärtsgerichtet. Hier konnte auf beachtliche Auftragsbestände zurückgegriffen werden, die sich zum Teil aufgrund der langen technischen Durchlaufzeiten in dieser Gütergruppe ergeben hatten.

Die Unternehmen verteidigten ihre Marktanteile durch Preiszugeständnisse: Binnen eines Jahres sind die Durchschnittswerte des Warenexports um rd. 5 vH gesunken. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die Gewinnmargen der Exportunternehmen vor der Aufwertung häufig sehr günstig waren und daß rückläufige Importpreise in vielen Fällen eine Senkung der Exportpreise ohne nennenswerte Gewinneinbußen ermöglichten.

Privater Verbrauch wurde Konjunkturmotor

Nach Überwindung der Schwächephase zu Jahresbeginn ist der private Verbrauch zur entscheidenden Triebkraft der Konjunktur geworden. In der Tendenz nimmt der reale Verbrauch mit einer Jahresrate von 5 vH zu. Ausschlaggebend war die Stärkung der Kaufkraft durch den Rückgang der Verbraucherpreise und die Steuersenkung.

Wie nicht anders zu erwarten, regte der deutliche Anstieg der Realeinkommen die Käufe langlebiger Gebrauchsgüter an. Am kräftigsten expandiert seit dem Frühjahr, auch begünstigt durch die steuerlichen Regelungen für die schadstoffarmen Fahrzeuge, der Absatz von Personenkraftwagen; außerdem wurden Möbel und andere Einrichtungsgegenstände verstärkt gekauft.

Hier spielt wohl die nun vom Einkommen und den übrigen Finanzierungsbedingungen her mögliche Deckung von Ersatz- und Nachholbedarf eine wichtige Rolle. Bei Gebrauchsgütern mit kürzerer Lebensdauer, beispielsweise bei Bekleidung und Schuhen, zeigte sich ebenfalls eine Belebung. Erhebliche Teile ihres zusätzlichen Realeinkommens gaben die privaten Haushalte im Frühjahr für Heizöl aus. Sie nutzten die niedrigen Preise

zu einer vorzeitigen Auffüllung ihrer Bestände; in den letzten Monaten sind diese Käufe entsprechend zurückgegangen.

Beschleunigte Zunahme der Anlageinvestitionen

Die realen Brutto-Anlageinvestitionen sind 1986 erstmals seit Jahren wieder deutlich aufwärtsgerichtet. Entscheidend dafür ist die Tendenzwende bei den Bauinvestitionen.

Relativ lebhaft nimmt seit der Winterpause der öffentliche Bau zu. Besonders kräftig expandiert der öffentliche Tiefbau. Hier spielen offenbar größere Anstrengungen im Bereich des Umweltschutzes eine bedeutsame Rolle. Der Hauptinvestor im staatlichen Bereich, die Gemeinden, verdankt die gesteigerte Investitionsfähigkeit nicht nur der Verbesserung in der eigenen Finanzierungsposition, sondern auch der Erhöhung der Zuweisungen der Länder sowie der Mittel zur Städtebauförderung. Außerdem haben die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Lastenausgleichsbank vermehrt zinsgünstige Finanzierungsmittel zur Verfügung gestellt.

Die Kräftigung der Investitionsneigung der Unternehmen zeigt sich darin, daß die Investitionen auch im Wirtschaftsbau deutlich steigen. Während am Anfang des Aufschwungs noch die Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen, die ihren Schwerpunkt bei den Ausrüstungen haben, im Vordergrund standen, werden nun vermehrt bauintensive Erweiterungsinvestitionen vorgenommen. So waren die realen Investitionen im Wirtschaftsbau im ersten Halbjahr 1986 um etwa 5 vH höher als ein Jahr zuvor. Besonders kräftig war der Anstieg im gewerblichen Tiefbau, nicht zuletzt wegen der umfangreichen Investitionen von Bahn und Post.

Im Wohnungsbau gingen die Investitionen dagegen noch zurück. Hier wurde die Abwärtsentwicklung durch den sich nun stabilisierenden Eigenheimbau gemildert; die Investitionen im Geschoßwohnbau blieben indes bis zuletzt rückläufig.

Die Ausrüstungsinvestitionen haben im Verlauf dieses Jahres, wenn auch mit erheblichen Temposchwankungen, weiter kräftig zugenommen, zumal sich die ohnehin günstige Ertragslage wegen der Verbilligung der importierten Roh- und Zwischenprodukte weiter verbessert hat. Die inzwischen relativ hohe Kapazitätsauslastung in der Industrie spielte bei dieser regen Investitionstätigkeit eine immer wichtigere Rolle.

Ein steigender Anteil der Ausrüstungsinvestitionen entfällt auf Importgüter. Im zweiten Quartal dieses Jahres waren die Einfuhren von Investitionsgütern — ohne Luftfahrzeuge und -teile — um reichlich 20 vH höher als vor einem Jahr. Die hohe Kapazitätsauslastung bei den deutschen Produzenten mit entsprechend langen Lieferfristen wie auch die aufwertungsbedingte Verbilligung vieler ausländischer Güter wirkten hier in die gleiche Richtung.

Am meisten wurden die Investitionen in Maschinen und ADV-Anlagen ausgeweitet. Die starke Zunahme der Käufe von Werkzeugmaschinen weist darauf hin, daß nach wie vor die Investitionsgüterindustrie selbst ihre Investitionen überdurchschnittlich erhöht. Bemerkenswert ist auch, daß schon rasch nach der Tendenzwende in der Bauproduktion die Nachfrage nach Bau- und Baustoffmaschinen deutlich zunahm.

Wieder kräftiger Produktionsanstieg

Die gesamtwirtschaftliche Produktion hat im Sommerhalbjahr wieder kräftig expandiert; sie stieg mit einer Jahresrate von 6 vH. Vorgegangen war allerdings ein fühlbarer Rückgang, auf den — im zweiten Quartal — eine sehr starke Reaktion folgte. Wahrscheinlich liegt die Grundtendenz gegenwärtig bei einer laufenden Jahresrate von annähernd 3 vH. Sie entspricht also dem Pfad, der seit 1983 zu beobachten ist. Im Sommerhalbjahr war der Produktionsanstieg deutlich stärker als das Wachstum des Produktionspotentials; der Auslastungsgrad der Sachkapazitäten hat sich merklich erhöht.

Steigende Beschäftigung, sinkende Arbeitslosigkeit

Anders als die gesamtwirtschaftliche Produktion war die Entwicklung der Erwerbstätigenzahl im Jahresverlauf 1986 stetig nach oben gerichtet. Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen war zuletzt um 280 000, d.h. um 1,1 vH, höher als vor Jahresfrist. Zu schätzungsweise einem Drittel beruht dieser Anstieg indes auf arbeitsmarkt- oder sozialpolitischen Maßnahmen wie Förderung der beruflichen Fortbildung und Erziehungsurlaub.

Am stärksten war die Zunahme der Beschäftigtenzahl im Vorjahresvergleich mit 4 vH nach wie vor im Investitionsgüterbereich; in den übrigen Gruppen des verarbeitenden Gewerbes kam es noch immer zu keinem Anstieg. Im Dienstleistungsgewerbe erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten mit 2,5 vH weiterhin überdurchschnittlich; beim Staat verbirgt sich hinter der Personalaufstockung um knapp 2 vH, ähnlich wie im Dienstleistungsgewerbe, vor allem die Vermehrung der Teilzeitarbeitsplätze. Positiv auf die Beschäftigtenzahl in der Gesamtwirtschaft wirkt die Stabilisierung der Beschäftigungslage im Bauhauptgewerbe; im Ausbaugewerbe, das stärker von der Entwicklung im Wohnungsbau abhängt, ging die Zahl der Beschäftigten dagegen bis zuletzt zurück.

Erstmals in diesem Aufschwung ist 1986 die Zahl der Arbeitslosen gesunken; im Herbst waren es rd. 100 000 weniger als ein Jahr zuvor. Etwas entspannt hat sich dabei die Lage am Arbeitsmarkt nun auch für Frauen sowie für Jugendliche. Saisonbereinigt betrug die Gesamtzahl der Arbeitslosen 2,2 Mill.

Noch immer schlägt sich die Zunahme der Beschäftigtenzahl nicht in einem entsprechenden Abbau der Ar-

beitslosigkeit nieder, da die Zahl von neu ins Erwerbsleben tretenden Personen groß ist und darüber hinaus Arbeitskräfte aus der Stillen Reserve an den Arbeitsmarkt zurückkehren. Diese Erhöhung der Zahl der Erwerbspersonen wird nicht voll aufgefangen durch Maßnahmen wie die Befreiung der Arbeitslosen, die 58 Jahre oder älter sind, von der Meldepflicht oder die tariflichen Vorruhestandsregelungen. Rein rechnerisch wurde durch solche Maßnahmen die Zahl der Arbeitslosen etwa im gleichen Ausmaß gesenkt, wie sie saisonbereinigt insgesamt zurückgegangen ist. Offen ist jedoch, in welchem Umfang die Zahl der Arbeitslosen ohne die Maßnahmen gesunken wäre.

Verbraucherpreise niedriger als im Vorjahr

Die Entwicklung der Verbraucherpreise wurde in diesem Jahr durch den starken Rückgang der Einfuhrpreise, insbesondere des Ölpreises, geprägt. Importiertes Rohöl und Mineralölerzeugnisse waren im Herbst um rund die Hälfte billiger als Ende 1985, die Einfuhrpreise insgesamt lagen um ein Fünftel niedriger. Die Lebenshaltungspreise gingen dabei seit Jahresbeginn um fast 1 vH zurück. Wäre die Preisentwicklung allein von dem inländischen Preis- und Kostenauftrieb bestimmt worden, wäre das Niveau der Verbraucherpreise um schätzungsweise 1,5 bis 2 vH höher als im Vorjahr gewesen. Bei den Dienstleistungen und den Mieten, bei denen die inländischen Faktoren den Ausschlag geben, betrug der Anstieg reichlich 2 vH, d.h. er entsprach etwa der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten.

Realer Außenbeitrag gesunken, Überschuß der Leistungsbilanz gestiegen

Die Entwicklung der Wareneinfuhr folgte — gerechnet in Mengen — der Expansion von Nachfrage und Produktion in der Bundesrepublik. Bis in den Sommer hinein spielten über den laufenden Bedarf hinausgehende Mehreinfuhren von Mineralölprodukten eine Rolle. Private Haushalte und Unternehmen nutzten die niedrigen Preise und füllten ihre Bestände vor allem an Heizöl frühzeitig wieder auf. Ohne diesen Sondereinfluß hätte die reale Wareneinfuhr im Sommer mit einer Jahresrate von etwa 6 vH expandiert.

Besonders kräftig war der Anstieg der Einfuhr von Investitionsgütern; dazu trugen die wechselkursbedingten Verbilligungen ebenso bei wie die abnehmende Angebotselastizität inländischer Hersteller. Die steigenden Einfuhren von Verbrauchsgütern, z.B. von Textilien, dürften entscheidend auf die sinkenden Importpreise dieser Güter zurückzuführen sein. Die Einfuhr industrieller Vorprodukte stieg etwa in gleichem Maße wie die Produktion im verarbeitenden Gewerbe.

Während die Einfuhr in realer Rechnung in der Zeit von Januar bis August um 5½ vH gegenüber dem Vorjahresniveau stieg, sank sie ihrem Wert nach kräftig: die Ausgaben für die Einfuhr gingen um 11 vH zurück.

Da die reale Wareneinfuhr erneut stärker zunahm als die Ausfuhr, ging der reale Überschuß weiter zurück; der nominale nahm wegen der starken Verbesserung der Terms of Trade nochmals kräftig zu. Erhöht hat sich dagegen das Defizit im Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland. In der Reisebilanz stiegen die Ausgaben aufgrund der günstigeren Einkommensentwicklung, während die entsprechenden Einnahmen sanken. Rückläufig waren die Überschüsse in der Kapitalertragsbilanz. Bei alledem hat sich in der Leistungsbilanz die Aktivierungstendenz fortgesetzt. In den ersten acht Monaten dieses Jahres betrug der Überschuß fast 45 Mrd. DM; er war damit schon 6 Mrd. DM höher als im ganzen Jahr 1985.

Ausblick

Die Voraussetzungen für ein Anhalten der konjunkturellen Aufwärtsbewegung in der Bundesrepublik sind günstig. Die bis zuletzt kräftige monetäre Expansion wird den Konjunkturanstieg weiterhin fördern, die von der starken Verbilligung des Öls ausgehenden Realeinkommenseffekte werden zunächst noch weiterwirken, und es gibt auch eine gewisse Eigendynamik der Konjunktur, die eine Zeitlang weiterträgt. Das alles wird für eine Fortsetzung des Aufschwungs im nächsten Jahr ausreichen. Dabei ist allerdings eine Abflachung im Verlauf wahrscheinlich. Sie wird sich vor allem aus dem allmählichen Abklingen des „Öl-Impulses“ ergeben.

Freilich bestehen auch erhebliche Unsicherheiten; sie betreffen in erster Linie die außenwirtschaftliche Entwicklung. Wie sich die Anpassungsprozesse, die in vielen Ländern der Welt aufgrund des Rückgangs von Ölpreis und Dollarkurs stattfinden, tatsächlich auf Weltkonjunktur und Welthandel auswirken, ist bei der außergewöhnlich starken Veränderung dieser Daten recht ungewiß. Hinzu kommen jene Risiken, die sich aus dem internationalen Dissens über die angemessene Wirtschaftspolitik ergeben. Auf beides wurde im weltwirtschaftlichen Teil dieses Gutachtens hingewiesen. Darüber hinaus ist es schwierig, Umfang und Ablauf der Auswirkungen einzuschätzen, die sich aus dem drastischen Rückgang des D-Mark/Dollar-Kurses für den deutschen Export ergeben.

Ungeachtet der Unsicherheiten müssen bestimmte Annahmen, in manchen Fällen auch bloße Setzungen, gemacht werden; zum Teil ergeben sie sich aus der weltwirtschaftlichen Analyse dieses Gutachtens. Die wichtigsten sind:

— Nachfrage und Produktion in den Industrieländern werden im nächsten Jahr weiter steigen. Das Tempo wird mit dem Wegfall ölpreisbedingter Realeinkommensimpulse im Jahresverlauf etwas nachlassen. Der

Welthandel wird weiterhin nur verhalten expandieren; im Jahresdurchschnitt wird er 1987 um etwa 4 vH zunehmen.

- Auf den Weltmärkten bleibt der Ölpreis bei etwa 15 Dollar je Barrel. Die Preise für Industrierohstoffe ändern sich insgesamt nicht nennenswert.
- Der Wechselkurs pendelt um 2 DM je Dollar. Gegenüber den meisten europäischen Währungen verändert er sich nicht.
- In der Finanzpolitik wird der bisherige Kurs einer engen Begrenzung des Ausgabenanstiegs und der weiteren Konsolidierung der Staatsfinanzen fortgesetzt. Neue Maßnahmen werden nicht angenommen.
- Die Zentralbankgeldmenge wird, ausgehend von einem deutlich über der Zielvorgabe liegenden Niveau Ende dieses Jahres, im Verlauf von 1987 um rd. 5 vH zunehmen, also merklich langsamer als bisher.
- Die tariflichen Stundenlöhne steigen etwas stärker als in diesem Jahr. Die Arbeitszeit wird in einigen Bereichen weiter verkürzt; zu nennenswerten Produktionsausfällen durch Arbeitskämpfe kommt es nicht.

Ausfuhr auf flachem Anstiegspfad

Von der Entwicklung der Weltkonjunktur und des Welthandels werden die Chancen für einen Anstieg der deutschen Ausfuhr im kommenden Jahr relativ eng begrenzt. In den Industrieländern werden Nachfrage und Produktion nur mäßig steigen, und im Verlauf des Jahres wird das Tempo wahrscheinlich etwas nachlassen. Zwischen den großen Wirtschaftsräumen USA, Westeuropa und Japan bestehen in dieser Hinsicht keine nennenswerten Unterschiede. Retardierend auf die deutsche Ausfuhr wird die Anpassung an die veränderte Wechselkursrelation zwischen D-Mark und Dollar wirken, die sich erfahrungsgemäß über längere Zeit erstreckt. Insgesamt dürfte die Ausfuhr in die Industrieländer nur verhalten zunehmen.

Die Ausfuhr in die ölimportierenden Entwicklungsländer wird wahrscheinlich noch etwas zurückgehen. Viele dieser Länder können ihre Einfuhr wegen der hohen Schuldendienstbelastung kaum erhöhen. Einige von ihnen gehören überdies dem Dollarraum an, so daß sich die Höherbewertung der D-Mark zusätzlich hemmend auswirkt. Das gilt auch für die meisten Ölexportländer, die ihre Importe wegen der niedrigeren Öleinnahmen ohnehin weiter einschränken müssen, allerdings nicht mehr in dem Maße wie bisher. Sicherlich werden die Lieferungen in Staatshandelsländer, deren Exporterlöse stark von den Preisen für Energierohstoffe abhängen, ebenfalls weiter zurückgehen. Alles in allem wird sich die Ausfuhr zwar aus der Stagnation lösen, der Anstieg wird aber mäßig sein.

Die Einnahmen im Dienstleistungsverkehr, die sich wegen der Höherbewertung der D-Mark gegenüber dem

Dollar verringert haben, werden im Laufe des Jahres 1987 wohl kaum noch weiter sinken. Auch der Rückgang der Ausfuhrpreise dürfte weitgehend beendet sein. Nach Wegfall der Effekte, die insbesondere von der Verbilligung des Erdöls ausgegangen sind, werden die allgemeinen Preis- und Kostensteigerungen wohl auch im Exportgeschäft wieder sichtbar werden. Angesichts der mäßigen Expansion der Nachfrage und der Höherbewertung der D-Mark werden die Möglichkeiten zur Erhöhung von Ausfuhrpreisen jedoch vorerst eng begrenzt bleiben.

Weiter erhebliche Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen

Auch im nächsten Jahr werden die Investitionsbedingungen günstig sein. Die Inlandsnachfrage nimmt weiterhin relativ kräftig zu, und die Auslandsnachfrage wird sich allmählich wieder etwas beleben. Absatz- und Ertragserwartungen bleiben insgesamt positiv. Die Auslastung der Produktionsanlagen wird nach wie vor hoch sein, das Erweiterungsmotiv wohl noch an Bedeutung gewinnen. Steigende Erträge aus Sachanlagen und gesunkene Renditen aus Finanzanlagen haben Sachinvestitionen wieder lohnender gemacht. Die Gewinne steigen weiter, wenn auch nicht mehr so kräftig wie bisher. Die Finanzierungsbedingungen werden trotz eines leichten Zinsanstiegs günstig bleiben.

Alles in allem kann für den Verlauf des kommenden Jahres abermals mit einem deutlichen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen gerechnet werden. Das Tempo der Zunahme dürfte sich allerdings verlangsamen. Das gilt vor allem für das verarbeitende Gewerbe. Baugewerbe, Handel und Dienstleistungsunternehmen dürften ihre Investitionen dagegen mehr steigern als in diesem Jahr.

Erholung auf dem Baumarkt setzt sich fort

Die Belebung der Baunachfrage hält an, der Anstieg der Bauinvestitionen wird sich im nächsten Jahr etwas verstärken.

Die Zunahme der Investitionen in Wirtschaftsbauten wird aus ähnlichen Gründen wie bei den Ausrüstungsinvestitionen kräftig bleiben. Hinzu kommt hier, daß die Abschreibungsfristen halbiert und die Möglichkeiten zur degressiven Abschreibung verbessert worden sind. Die erhöhte Bedeutung des Erweiterungsmotivs wirkt sich bei den Bauinvestitionen besonders aus. Mit der Verlagerung der Antriebskräfte von der Auslands- auf die Inlandsnachfrage werden diejenigen Bereiche begünstigt, die einen relativ hohen Anteil an den Bauinvestitionen haben, so der Handel und die Dienstleistungszweige.

Im Wohnungsbau kommt die Erholung nur zögernd voran; hier ist die Entwicklung gespalten. Die Nachfrage im Eigenheimbau nimmt zu, weil die Zinsen für

Hypothekar-Kredite vergleichsweise niedrig sind, die Erwartungen hinsichtlich der Arbeitsplatzsicherheit und der Einkommensentwicklung optimistischer geworden sind und weil wohl auch mit einer Verstärkung des Anstiegs der Baupreise gerechnet wird. Von der Reform der Wohnungsbauförderung, die Anfang 1987 in Kraft tritt, sind dagegen per saldo keine nennenswerten Impulse zu erwarten.

Im Geschoßwohnbau geht die Nachfrage weiter zurück. Wohnungen sind im allgemeinen reichlich vorhanden, neue können deshalb nur schwer kostendeckend vermietet werden. Mit größeren Wertsteigerungen wird wohl auf absehbare Zeit nicht gerechnet. Schließlich ist zu erwarten, daß Verkäufe aus dem Bestand der Neuen Heimat auf den Markt drücken werden.

Mehr als die Nachfrage im Wohnungsneubau nimmt die nach Instandhaltungs- und Modernisierungsarbeiten an bestehenden Gebäuden zu. Viele potentielle Bauherren entscheiden sich wegen der gesunkenen Immobilienpreise für den Kauf eines älteren Objektes und modernisieren es. Überdies wird der Einbau von Heizungs- und Warmwasseranlagen in Gebäuden, die älter als zehn Jahre sind, steuerlich gefördert. Ferner haben Bund und Länder ihre Mittel für die Stadterneuerung kräftig aufgestockt.

Erstmals seit mehreren Jahren werden die Wohnungsbauinvestitionen wieder leicht steigen. Dies ist allerdings nur eine konjunkturelle Erhöhung, nicht eine Trendwende.

Im öffentlichen Bau werden Nachfrage und Produktion deutlich steigen. Die Finanzsituation der Gemeinden ist recht günstig, und durch die im vergangenen Jahr beschlossene Aufstockung der Beträge für Stadterneuerung sowie die Bereitstellung von zinsgünstigen Krediten fließen ihnen zusätzliche Mittel zu.

Weiter beachtlicher Anstieg des Konsums

Der private Verbrauch wird im nächsten Jahr nochmals beträchtlich zur Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage beitragen. Seine Expansion wird allerdings an Schwung verlieren, denn die Impulse aus dem Ölpreiserückgang, der aufwertungsbedingten Importverbilligung und der Steuersenkung klingen ab.

Die Arbeitseinkommen dürften etwa im gleichen Ausmaß zunehmen wie in diesem Jahr. Die tariflichen Lohnabschlüsse werden etwas höher ausfallen als in der letzten Lohnrunde. Der Anstieg der Beschäftigung wird sich fortsetzen, wenn auch leicht verlangsamt. Netto wird die Lohn- und Gehaltssumme indes deutlich weniger steigen als in diesem Jahr, weil die Steuerprogression wieder voll greift. Die Übertragungseinkommen werden wohl etwa wie im laufenden Jahr zunehmen. Zwar werden die Renten entsprechend der günstigeren Einkommensentwicklung im Jahre 1986 mehr als zuvor erhöht. Es

werden aber weniger Sozialleistungen neu eingeführt oder aufgestockt; zudem werden die Ausgaben für Arbeitslose — trotz der verlängerten Bezugsdauer von Arbeitslosengeld — wegen des weiteren Rückgangs der Arbeitslosigkeit nicht höher als im Vorjahr sein. Die Entnahmen der Selbständigen dürften nach ihrer relativ schwachen Zunahme in diesem Jahr künftig wieder stärker steigen.

Alles in allem ergibt sich für das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ein leicht beschleunigter Zuwachs von etwa 5 vH. Da die Verbraucherpreise wieder anziehen werden, wird sich die Zunahme der Realeinkommen jedoch deutlich abschwächen. Ob die Konsumenten deshalb den Anstieg ihres Verbrauchs entsprechend verringern, ist allerdings fraglich. Vieles spricht dafür, daß sie statt dessen die Sparquote einschränken werden: Der Rückgang der Heizkosten kommt vielen Mietern erst im nächsten Jahr zugute; die Rückzahlungen werden sicherlich weitgehend in den Verbrauch fließen. Der stufenweise Wegfall der steuerlichen Vergünstigungen für schadstoffarme Fahrzeuge regt zum Vorziehen von PKW-Käufen an. Die vergleichsweise niedrigen Zinsen erleichtern die Verschuldung, und bei den verbesserten Beschäftigungschancen nehmen in vielen privaten Haushalten die Bedenken gegenüber einer Kreditaufnahme ab.

Staatsdefizit sinkt wieder

Anders als in diesem Jahr, in dem sowohl mit der ersten Stufe der Steuersenkung als auch mit den erstmals seit längerer Zeit wieder zunehmenden Investitionsausgaben neue Akzente gesetzt wurden, wird sich die Finanzpolitik im Jahre 1987 wieder in den gewohnten Bahnen bewegen. Der Anstieg der Steuereinnahmen wird sich nun verstärken, da die Progression des Einkommensteuertarifs wieder voll wirksam wird; das Aufkommen an Lohnsteuer wird um fast 10 vH zunehmen. Dagegen wird es bei den Gewinnsteuern nur geringe Mehreinnahmen geben, obwohl die Unternehmensgewinne weiter deutlich ansteigen. Dies liegt zum einen an Steuerrechtsänderungen, wie der Halbierung der Abschreibungsfristen für Betriebsgebäude; zum anderen war das Aufkommen aus Gewinnsteuern 1986 wegen einmaliger Zahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung eines großen Industrievermögens überhöht.

Die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung werden ähnlich zunehmen wie in diesem Jahr. Zwar wird zu Beginn des nächsten Jahres der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung heraufgesetzt, und die Krankenkassen werden ihre Beiträge wohl erneut leicht anheben. Doch auf der anderen Seite wird der Beitragssatz zur Rentenversicherung gesenkt.

Die Gewinnablieferung der Bundesbank wird als Folge der Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar und der niedrigeren Zinsen erheblich geringer ausfallen als in

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	Absolute Werte			Veränderungen gegenüber Vorjahr in vH		
	1985	1986 ¹⁾	1987 ¹⁾	1985	1986 ¹⁾	1987 ¹⁾
Bruttosozialprodukt, real (Mrd. DM)	1 580,8	1 625	1 670	2,5	3	3
Beschäftigte Arbeitnehmer (1000 Personen)	22 188	22 450	22 730	0,8	1	1
Arbeitslose (1000 Personen)	2 304	2 230	2 120	.	.	.
Arbeitslosenquote ²⁾ (vH)	9,4	9,0	8,5	.	.	.
Verbraucherpreise ³⁾	.	.	.	2,1	-0,5	1,5
Leistungsbilanzsaldo ⁴⁾ (Mrd. DM)	38,9	70	60	.	.	.
Finanzierungssaldo Staat (Mrd. DM)	- 19,8	- 20	- 16	.	.	.

¹⁾ Vorausschätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet. — ²⁾ Bezogen auf alle Arbeitnehmer (Beschäftigte und Arbeitslose). — ³⁾ Preisniveau des privaten Verbrauchs. — ⁴⁾ Zahlungsbilanzstatistik.

diesem Jahr. Sie ist im Bundeshaushalt für 1987 nur noch auf 7 Mrd. DM veranschlagt gegenüber 12,6 Mrd. DM in diesem Jahr.

Die Ausgaben des Staates dürften sich ähnlich entwickeln wie in diesem Jahr und wieder um etwa 4 vH zunehmen. Dabei werden die Personalausgaben, die Sachausgaben sowie die Ausgaben für öffentliche Investitionen erneut überdurchschnittlich ausgeweitet. Die Übertragungen steigen dagegen wiederum unterdurchschnittlich, obwohl mehrere Sozialleistungen — durch Anrechnung der Kindererziehungszeiten für Frauen der Jahrgänge vor 1906 und durch die Ausweitung der Ansprüche älterer Arbeitsloser auf Arbeitslosengeld — erhöht werden und die Subventionen an die Unternehmen, vor allem im Zusammenhang mit dem niedrigeren Dollarkurs, zunehmen.

Insgesamt wird der Anstieg der Staatsausgaben voraussichtlich um einen halben Prozentpunkt niedriger als die Zunahme der Einnahmen sein. So dürfte das staatliche Defizit um 3 bis 4 Mrd. DM sinken; das der Gebietskörperschaften wird sich dabei kaum verändern, während der Überschuß in der Sozialversicherung weiter zunimmt.

**Verlangsamter Produktionsanstieg
im Verlauf des Jahres**

Aus der voraussichtlichen Entwicklung der Gesamtnachfrage ergibt sich, daß die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahre 1987 weiter deutlich steigen wird. Allerdings ist eine Verlangsamung im Jahresverlauf zu erwarten, die im wesentlichen vom Nachlassen der Impulse ausgeht, die von der Ölverbilligung und der Steuersen-

kung ausgelöst worden waren. Wenig spricht dafür, daß im Prognosezeitraum die endogene Dynamik stark genug sein wird, um eine Abflachung des konjunkturellen Anstiegs zu verhindern. Im Jahresdurchschnitt kann für 1987 dennoch die gleiche Rate von annähernd 3 vH beim Anstieg des realen Bruttosozialprodukts wie in diesem Jahr erwartet werden. Dies ergibt sich daraus, daß der Überhang am Ende dieses Jahres höher sein wird als am Ende des vergangenen Jahres.

In dieser Beurteilung der Konjunktur stimmen die fünf beteiligten Institute im Prinzip überein. Graduelle Abweichungen werden von zwei Instituten vertreten. Das Institut für Weltwirtschaft, Kiel, erwartet die Abflachung etwas später als die übrigen Institute, weil es die Wirkung der monetären Impulse höher einschätzt. Dagegen rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, mit einer früheren konjunkturellen Verlangsamung, weil es einen ungünstigeren Verlauf der Ausfuhr erwartet.

Beschäftigung nimmt schwächer zu

Mit der Abflachung beim Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird sich auch die Zunahme der Beschäftigung verlangsamen. Tendenziell wirken dem tarifliche Vereinbarungen und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen entgegen, die jedenfalls auf kurze Sicht die Beschäftigung erhöhen. So wird die Arbeitszeit im Großhandel zum Jahresbeginn um 1½ Stunden verkürzt; auch ist zu erwarten, daß die Arbeitszeit, namentlich in der Metall- sowie in der Druckindustrie, im späteren Verlauf des nächsten Jahres reduziert wird. Die Zahl der Personen, für die Arbeitszeitverkürzungen vereinbart werden, wird größer sein als in diesem Jahr.

Zusätzlicher Bedarf an Arbeitskräften wird im nächsten Jahr durch die verstärkte Inanspruchnahme des Erziehungsurlaubs entstehen. Hier wird angenommen, daß von den rund 300 000 Berechtigten rund 100 000 von der Möglichkeit des Erziehungsurlaubs Gebrauch machen und für die Hälfte von ihnen Ersatzkräfte eingestellt werden. Da die so Beurlaubten weiterhin als Beschäftigte gezählt werden, erhöht sich die Zahl der in der Beschäftigungsstatistik geführten Personen entsprechend. Von den Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung und Ausbildungsförderung gehen nur noch geringe beschäftigungssteigernde Wirkungen aus, da die Mittel hierfür nur noch wenig erhöht werden.

Die Zunahme der Beschäftigung dürfte vor allem im verarbeitenden Gewerbe nachlassen. Im Handel wird vermutlich die Beschäftigung zumindest nicht weiter zurückgehen, und im Baugewerbe ist mit einem leichten Anstieg zu rechnen.

Insgesamt wird die Zahl der Beschäftigten im Laufe des nächsten Jahres wahrscheinlich um annähernd 250 000 zunehmen, nach 300 000 in diesem Jahr. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird um fast 100 000 zurückgehen. Am Ende des Jahres 1987 wird die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen immer noch reichlich 2 Millionen betragen.

Kräftiger Anstieg der Einfuhr

Die Wareneinfuhr wird kräftig zunehmen, da die verbesserte Wettbewerbsposition vielen ausländischen Anbietern weiterhin Marktanteilsgewinne ermöglicht. In einzelnen Bereichen der Investitionsgüterherstellung wird dies auch durch Engpässe im heimischen Angebot begünstigt. Vor allem werden die Importe von Enderzeugnissen stark zunehmen. Dagegen wird die Einfuhr von Energieträgern wohl nur wenig erhöht, da in diesem Bereich die Lagerbestände ungewöhnlich hoch sind.

Der Rückgang der Einfuhrpreise ist zum Stillstand gekommen; im Verlauf des nächsten Jahres werden sie wieder steigen, aber nur mäßig. Teilweise wirkt der Preis einbruch bei Mineralöl noch nach, z.B. auf die Preise von Erdgas und manche Grundstoffe. Hinzu kommt, daß sich die Preise für Industrierohstoffe auf den Weltmärkten kaum erhöhen werden. Im Jahresdurchschnitt 1987 werden die Einfuhrpreise, gemessen an den Durchschnittswerten, nur wenig höher sein als in diesem Jahr.

Der reale Überschuß im Warenverkehr wird 1987, wie schon in diesem Jahr, abnehmen. Im Laufe des Jahres werden sich auch die Terms of Trade etwas verschlechtern. Beides zusammen führt dazu, daß sich dann auch der Überschuß in der Handelsbilanz verringert. Im gesamten Jahr dürfte er allerdings mit etwa 100 Mrd. DM erst etwas niedriger sein als in diesem Jahr. Die Defizite in der Dienstleistungsbilanz sowie bei den Übertragungen steigen weiter. Der Überschuß in der Leistungsbilanz sinkt um etwa 10 Mrd. DM auf etwa 60 Mrd. DM.

Wieder steigende Preise

Die Entwicklung der Verbraucherpreise wird im nächsten Jahr nur noch wenig von den außenwirtschaftlichen Einflüssen begünstigt werden, die in diesem Jahr zu einem leichten Rückgang des Preisniveaus führten. Einige Nachwirkungen wird es jedoch geben. So werden die Preise für Erdgas, die mit Verzögerung an die Heizölpreise angepaßt werden, noch erheblich sinken. Hinzu kommt, daß die Verbilligung von Vorprodukten erst allmählich bis zur Verbraucherstufe weitergegeben wird. Der Anstieg beim gewichtigsten Kostenfaktor, den Lohnstückkosten, wird künftig allerdings bei weitem nicht mehr aufgewogen; die Lohnstückkosten werden 1987 ähnlich wie in diesem Jahr um rund 2,5 vH steigen.

Die Überwälzung des nun wieder deutlich zunehmenden Kostenanstiegs auf die Preise wird von den monetären Voraussetzungen her wahrscheinlich eher möglich sein als bisher. Bedingungen, wie sie für Verkäufermärkte typisch sind, werden jedoch auch im nächsten Jahr zu meist nicht herrschen, und Engpässe bleiben die Ausnahme. Dies gilt um so mehr, als sich die Wettbewerbsposition ausländischer Anbieter in der Bundesrepublik vielfach verbessert hat. Unter diesen Umständen wird sich der Preisanstieg vorerst sicherlich in engen Grenzen halten. Es ist anzunehmen, daß der Preisindex für die Lebenshaltung im Verlauf des Jahres 1987 um etwa 2 vH steigen und im Jahresdurchschnitt um etwa 1,5 vH höher als in diesem Jahr sein wird.

Wirtschaftspolitische Überlegungen

Der Aufschwung wird sich 1987 fortsetzen. Dies wird das fünfte Jahr der Aufwärtsbewegung sein. Allerdings wird das Tempo voraussichtlich nachlassen, vor allem weil die Wirkungen der Ölverbilligung und der Steuersenkung abklingen. Die Konstitution der Wirtschaft ist noch immer nicht so stark, daß gesamtwirtschaftliche Nachfrage und Produktion auch ohne Impulse von außen zügig steigen.

Die Beschäftigung wird weiter zunehmen und die Zahl der Arbeitslosen erneut zurückgehen, gleichwohl bleibt die Arbeitslosigkeit hoch. Wirtschafts-, Finanz- und Lohnpolitik stehen weiterhin vor der Aufgabe, größere Fortschritte bei Wachstum und Beschäftigung möglich zu machen. Mit solchen Fortschritten würde die Bundesrepublik auch zur Verstärkung des weltwirtschaftlichen Wachstums und zur Verringerung der Ungleichgewichte in den internationalen Leistungs- und Kapitalströmen beitragen.

Zur Geld- und Währungspolitik

In den USA wird nach wie vor die Forderung erhoben, die Bundesbank solle die Zinsen weiter senken. Hiervon erhofft man sich über eine Verstärkung von Nachfrage-

und Produktionsanstieg in der Bundesrepublik Anregerungen für die Weltwirtschaft und einen Beitrag zur Verringerung des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits. Begründet wird diese Forderung damit, die Bundesrepublik habe angesichts der erreichten Preisstabilisierung, der niedrigen staatlichen Defizite sowie der hohen Überschüsse in der Leistungsbilanz hinreichend Spielraum für eine expansive Geldpolitik.

Die Forderungen nach Zinssenkungen sind mit der Warnung verbunden, die amerikanische Wirtschaftspolitik werde andernfalls für ein weiteres Abgleiten des Dollarkurses sorgen oder zusätzliche Handelsbeschränkungen einführen, um so den Abbau des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits voranzutreiben.

Bisher hat die Bundesbank dem Druck aus den USA widerstanden und sich den Zinssenkungen, die die amerikanische Notenbank im Verlauf des Sommerhalbjahres durchgeführt hat, nicht angeschlossen. Dies vor allem wohl deshalb, weil andernfalls die ohnehin starke monetäre Expansion weiter zugenommen hätte. Zwar könnten von einer monetären Beschleunigung durchaus vorübergehend Impulse auf Nachfrage und Produktion ausgehen, zugleich aber würden Inflationserwartungen geweckt, so daß sich die Bundesbank früher oder später zu einer restriktiven Politik gezwungen sähe. Damit wäre weder für das Wachstum in der Bundesrepublik und der Weltwirtschaft noch für die amerikanische Leistungsbilanz auf Dauer etwas gewonnen.

Die Geldpolitik sollte stattdessen wieder dem Grundsatz folgen, die Geldmengenexpansion am Potentialwachstum auszurichten. Bei den Faktoren, an denen die Bemessung des Geldmengenziels für das Jahr 1987 orientiert werden sollte, hat sich im Vergleich zum Vorjahr nichts Nennenswertes verändert. Dies spricht dafür, das Ziel für nächstes Jahr ebenso zu setzen wie das für 1986; die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge sollte also im Verlauf des Jahres 1987 annähernd 5 vH betragen.

Allerdings stellt sich die Frage, ob davon die Rate der Zielüberschreitung 1986 abzuziehen ist. Im vierten Quartal dieses Jahres wird die Zentralbankgeldmenge den Stand vom entsprechenden Vorjahreszeitraum voraussichtlich um etwa 7 vH, also deutlich stärker als vorgesehen, übersteigen. Wollte die Bundesbank diesen monetären Überhang abbauen, dürfte die Zentralbankgeldmenge im Verlauf des nächsten Jahres lediglich um knapp 3 vH ausgeweitet werden. Eine derart starke Verlangsamung des Expansionstempos wäre nur durch eine sehr restriktive Geldpolitik erreichbar und damit auch nur um den Preis einer unerwünschten konjunkturellen Bremsung. Deshalb sollte die Bundesbank die Zielüberschreitung aus diesem Jahr hinnehmen. Die Gefahr, daß der Überhang durch eine Beschleunigung des Preisauftriebs ausgefüllt wird, erscheint für das Jahr 1987 relativ gering.

Das Ziel, die Geldmengenexpansion auf 5 vH zurückzuführen, wird sich nur einhalten lassen, wenn es nicht zu

gravierenden Störungen von außen kommt. Wie im weltwirtschaftlichen Teil des Gutachtens ausgeführt, spricht einiges dafür, daß die amerikanische Notenbank ihre Politik im Verlauf des kommenden Jahres weniger expansiv gestaltet als derzeit und damit der Druck auf den Dollar nachläßt. Eine andere Entwicklung ist freilich nicht auszuschließen. In den letzten Wochen hat die Schwäche des Dollars im Europäischen Währungssystem zu beträchtlichen Spannungen geführt, da die D-Mark als Alternative zum Dollar weltweit begehrter ist als die Partnerwährungen. Sie stieß deshalb gegenüber einigen Währungen an den oberen Rand der vereinbarten Bandbreite. Dies führte auch in Partnerländern zu der Forderung, die Bundesbank solle die Zinsen senken.

Auf der Konferenz der Notenbankgouverneure und der Finanzminister der EWS-Länder im September wurde offenbar vereinbart, den Druck auf den Dollar und die Spannungen im EWS statt durch Zinssenkungen mit abgestimmten Devisenmarktinterventionen zu mildern. Dahinter steht vermutlich die Einschätzung, daß liquiditätsanreichernde Wirkungen von Dollarkäufen durch gegengerichtete Operationen bei den binnenwirtschaftlichen Komponenten der Geldversorgung ausgeglichen werden können. Solange die Dollarkäufe vergleichsweise gering sind, ist dies ohne Zweifel möglich. Versuchen die europäischen Notenbanken jedoch, den Dollar gegen einen abwärtsgerichteten Trend zu stützen, dann lassen sich die Interventionen geldmengenneutral nicht durchführen. Dies hätte zur Folge, daß die Bundesbank die Kontrolle über die inländische Geldversorgung verlore. Falls die Dollarschwäche auch im nächsten Jahr anhielte, wäre also zu befürchten, daß die Geldmenge erneut weitaus stärker zunähme als es den wachstums- und stabilisierungspolitischen Erfordernissen entspräche. Dem ließe sich nur durch Wechselkurspolitische Maßnahmen im EWS beugen¹.

Zur Lohnpolitik

Die Tarifrunde 1987 wird in einem konjunkturellen Umfeld stattfinden, das in vielerlei Hinsicht so günstig ist wie lange nicht mehr. Aus dem Blick geraten darf aber nicht, daß dies zum Teil noch das Ergebnis des Ölpreissturzes zu Beginn des Jahres 1986 ist. Die damit verbundene Verbesserung der Terms of Trade hat der Binnennachfrage

¹ Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, teilt nicht in gleichem Maße die Sorge der anderen Institute, daß die bisherige monetäre Expansion schon als übermäßig anzusehen ist, infolgedessen ein monetärer Überhang entstanden ist, der für die Zukunft inflationäre Gefahren birgt. Die stärkere monetäre Expansion in diesem Jahr läßt sich eher als Ausgleich für eine „monetäre Unterversorgung“ im vergangenen Jahr, denn als Aufbau eines „monetären Überhangs“ für das nächste Jahr erklären. Eine Expansion der Zentralbankgeldmenge mit einer laufenden Rate von 5 vH im nächsten Jahr ist vor diesem Hintergrund und bei der notwendigen Verstärkung des Wachstums als Untergrenze für 1987 anzusehen.

zusätzlichen Schub verschafft, der noch in das Jahr 1987 hineinreichen wird. Falsch wäre es, wenn bei den Tarifverhandlungen angenommen würde, die günstige konjunkturelle Entwicklung hielte während des gesamten Jahres an. Vielmehr muß mit einer Verlangsamung gerechnet werden.

Die kräftige Verbesserung der Terms of Trade ist ein einmaliges Phänomen. Die Kostenentlastung durch die Verbilligung der Einfuhr ist ein Grund dafür, daß sich trotz deutlichen Anstiegs der Lohnstückkosten die Beschäftigungszunahme ungebrochen fortsetzte. 1987 ist der Verteilungsspielraum wieder erheblich kleiner. Im laufenden Jahr steigen die Reallöhne mit ungefähr der Rate, um die die Tariflöhne angehoben worden sind, weil die Preise der Lebenshaltung sogar leicht sanken. Würde diese Zunahme der realen Arbeitseinkommen zur Richtschnur für die Abschlüsse im Jahre 1987, dann würde ein Kostenauftrieb ausgelöst, der früher oder später einer Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs entgegenstünde. Denn mit solchen Abschlüssen würde das Inflationspotential, das durch die expansive Geldpolitik bereits entstanden ist, in Kosten- und Preissteigerungen umgesetzt. Die Lohnpolitik sollte deshalb Raum dafür lassen, daß die reichliche Versorgung der Wirtschaft mit Geld in erster Linie für mehr Wachstum und Beschäftigung genutzt werden kann.

In der Tarifrunde 1987 werden neben den Lohnanhebungen auch Arbeitszeitverkürzungen wieder eine größere Rolle spielen. Zwar dürften die Gewerkschaften bereit sein, bei der Vereinbarung der Tariflöhne einem Abzug hierfür zuzustimmen; seine angemessene Höhe wird aber wiederum zwischen den Tarifvertragsparteien umstritten sein. Bedacht werden sollte, daß die Kostenbelastung der Unternehmen selbst ohne Lohnausgleich steigt, wenn mit der Arbeitszeitverkürzung auch die Auslastung der Sachkapazitäten sinkt und sich damit die Kapitalkosten je Produkteinheit erhöhen. Daher sollten die Tarifparteien Vereinbarungen treffen, die über eine größere Flexibilität beim Einsatz der Arbeit mindestens die gleiche zeitliche Nutzung der Kapazitäten zulassen. Dies ist auch deshalb erforderlich, damit es zu den zusätzlichen Einstellungen von Arbeitskräften kommen kann, die von Arbeitszeitverkürzungen erhofft werden. Würde man sogar Regelungen verabreden, die eine höhere Auslastung der Kapazitäten je Zeiteinheit — Tag, Woche, Monat, Jahr —, zulassen, würde das Produktionspotential stärker steigen als der Kapitalstock. Die in einigen Schlüsselbranchen schon jetzt bestehenden Kapazitätsknappheiten könnten bei einer größeren Flexibilisierung im Einsatz der Arbeitskräfte fühlbar verringert werden.

Freilich gibt es von Branche zu Branche und auch von Region zu Region große Unterschiede in den Wachstumsbedingungen. Strukturelle Ungleichgewichte in der Wirtschaft, die sich in den siebziger Jahren herausgebildet haben, haben auch nach vier Jahren Konjunkturaufschwung noch erhebliche Bedeutung. Die Lohnpolitik

sollte dem gerecht werden, indem Tarife abgeschlossen werden, die in sektoraler und regionaler Hinsicht wie auch nach Qualifikationen eine stärkere Differenzierung zulassen.

Zur Wirtschafts- und Finanzpolitik

Der Kurs der Finanzpolitik wird seit Jahren von dem Bemühen beherrscht, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren. Gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge und strukturelle Erfordernisse blieben dabei jedoch oft unberücksichtigt. Immer wieder wird, den Tagesereignissen folgend, von der wachstumsgerechten Linie der Wirtschafts- und Finanzpolitik abgewichen.

Mit der ersten Stufe der Steuersenkung zum 1. Januar 1986 wurde zwar ein Schritt in die wachstumsgerechte Richtung getan. Zugleich wurden aber wieder Maßnahmen ergriffen, die dieser Richtung widersprechen. Das trifft für die Einführung oder Erhöhung einiger Sozialleistungen zu, die eine Senkung der Lohnnebenkosten verhindern und damit einem erklärten Ziel der Bundesregierung entgegenstehen. Dies besagt nicht, daß es nicht gute Gründe für die Erhöhung bestehender oder die Einführung neuer Sozialleistungen geben kann. Die Frage ist aber, ob für solche Maßnahmen jetzt der richtige Zeitpunkt ist. Denn das Wachstum ist immer noch so schwach, daß die Anstrengungen vornehmlich auf seine Stärkung gerichtet sein sollten, anstatt gleichsam im Vorgriff auf mehr Wachstum mehr Sozialleistungen zu gewähren.

Die Subventionen sind in den letzten Jahren insgesamt gesehen deutlich gestiegen, im laufenden Jahr nehmen sie sogar doppelt so rasch wie im Vorjahr zu. Dafür werden vor allem unabweisliche Mehrausgaben geltend gemacht, so für die Kokskohlenbeihilfe und Beihilfen für die Landwirtschaft. Kürzungen bei anderen Subventionen wurden offenbar nicht in Erwägung gezogen. Auf mittlere Sicht gilt, daß auch Mechanismen wie die Bindung an den Dollarkurs, die kurzfristig zwangsweise zu höheren Subventionen führen, geändert werden können. Im übrigen sind solche Subventionen nicht weniger bedenklich für die Fortentwicklung der Wirtschaft als viele andere.

Für 1987 zeichnen sich größere Veränderungen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht ab. Entgegen vielfach erhobenen Forderungen will die Bundesregierung die für den 1. Januar 1988 geplante zweite Stufe der Steuersenkung nicht vorziehen. Offenbar sieht sie dazu von der gesamtwirtschaftlichen Konstellation her wenig Bedarf und zudem zeitliche Schwierigkeiten. Bedacht werden sollte aber, daß es wohl kaum falsch sein kann, Maßnahmen, die geeignet sind, den nach wie vor verhaltenen Anstieg des Produktionspotentials zu beschleunigen, schon frühzeitig zu ergreifen. Ursprünglich gefaßte Beschlüsse sollten dem nicht entgegenstehen. Die zweite Stufe der Steuersenkung ist eine solche Maßnahme, und ihre vorzeitige Verwirklichung wäre auch deshalb angemessen, weil sich für das kommende Jahr eine Verlangsamung

des Konjunkturanstiegs anbahnt. Daher sollte zu Beginn der neuen Legislaturperiode ein Beschluß herbeigeführt werden, nach dem die zweite Stufe zur Mitte des Jahres rückwirkend zum 1. Januar 1987 in Kraft tritt.

Für den Anfang der neunziger Jahre ist eine umfassende Steuerreform geplant, die mit beträchtlichen Steuerensenkungen verbunden sein soll. Auch hier wäre ein Vorziehen zu erwägen. Dagegen wird geltend gemacht, daß zunächst genügend Finanzierungsmasse für die Steuerensenkungen zur Verfügung stehen müsse. Dahinter steht also gleichsam die Vorstellung, für die Reform müsse erst angespart werden. Dabei würde die Steuerentlastung „nur als ‚Krönung‘ einer erfolgreichen Haushaltskonsolidierung betrachtet, nicht aber als Instrument zur Stärkung des Wachstums, das den Konsolidierungsprozeß selbst voranbringt“². Im übrigen besteht stets die Gefahr, daß Mittel, die angespart werden, an anderer Stelle für die Erhöhung wenig wachstumswirksamer Ausgaben eingesetzt werden.

Die Finanzierung der Reform sollte nicht allzu schwer fallen, wenn mit ihr zugleich Subventionen, seien es Steuererergünstigungen, seien es Finanzhilfen, gestrichen würden. Dagegen scheint es wenig sinnvoll, im Gegenzug zur Senkung der direkten Steuern indirekte Steuern zu erhöhen, wie es offenbar geplant ist. Denn so würden Impulse, die auf der einen Seite für das Wachstum gegeben werden, auf der anderen wieder zurückgenommen. Besser wäre es dann schon, im Zuge der Steuerreform einen vorübergehenden Anstieg des Defizits hinzunehmen.

Die hier vorgeschlagenen Maßnahmen sind geeignet, die wirtschaftliche Entwicklung auf kurze und mittlere Sicht zu beschleunigen. Mit ihrer Realisierung trüge die Wirtschafts- und Finanzpolitik auch den Forderungen nach einem höheren Beitrag der Bundesrepublik zum weltwirtschaftlichen Wachstum Rechnung.

² Vgl. das Gemeinschaftsgutachten vom 18. Oktober 1985.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1986 und 1987

	1985 ^{a)}	1986 ^{b)}	1987 ^{b)}	1986		1987	
	Jahre			1. Hj. ^{a)}	2. Hj. ^{b)}	1. Hj. ^{b)}	2. Hj. ^{b)}

1. Entstehung des Sozialprodukts
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	0,7	1,1	1,1	1,0	1,1	1,2	1,0
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	- 0,5	- 0,8	- 0,8	- 0,7	- 0,8	- 0,8	- 0,8
Arbeitstage ^{c)}	- 0,3	0,0	0,2	- 0,1	0,2	0,0	0,4
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	- 0,1	0,3	0,5	0,2	0,5	0,4	0,6
Produktivität ^{d)}	2,7	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980	2,6	3	3	2,7	3	3	2,5

2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 041,8	1 085,5	1 144	519,3	566,5	548,5	595,5
Staatsverbrauch	365,7	382	400,5	176,0	206	184,5	216
Anlageinvestitionen	359,3	379,5	409	169,8	209,5	184,5	224,5
Ausrüstungen	153,9	168	184,5	74,5	93,5	82	102
Bauten	205,5	211,5	224,5	95,3	116	102	122,5
Vorratsveränderung	7,5	9,5	9,5	18,7	- 9,5	19	- 9,5
Außenbeitrag	72,7	106,5	96	47,9	58,5	46,5	49,5
Ausfuhr	647,3	642,5	665	316,6	326	323	342
Einfuhr	574,6	536	569	268,8	267,5	276,5	292,5
Bruttosozialprodukt	1 847,0	1 963	2 059	931,6	1 031,5	982,5	1 076

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	3,9	4	5,5	3,8	4,5	5,5	5
Staatsverbrauch	4,4	4,5	5	4,5	4,5	5	5
Anlageinvestitionen	1,3	5,5	8	5,2	6	8,5	7
Ausrüstungen	11,8	9	9,5	8,6	10	10,5	9
Bauten	- 5,3	3	6,5	2,7	3	7	5,5
Ausfuhr	10,1	- 0,5	3,5	- 0,6	- 1	2	5
Einfuhr	6,9	- 6,5	6	- 6,7	- 6,5	3	9,5
Bruttosozialprodukt	4,8	6,5	5	6,0	6,5	5,5	4,5

3. Verwendung des Sozialprodukts in Preisen von 1980
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	866,9	906	940,5	432,8	473	452,5	487,5
Staatsverbrauch	315,5	322,5	328,5	155,9	166,5	159	169,5
Anlageinvestitionen	313,9	326,5	343,5	146,6	180	156	187,5
Ausrüstungen	130,5	141	151,5	62,8	78,5	68	83,5
Bauten	183,4	185	192	83,8	101,5	88	104
Vorratsveränderung	5,8	8,5	8,5	17,1	- 8,5	18,5	- 10
Außenbeitrag	78,7	61,5	49,5	31,6	30	22,5	26,5
Ausfuhr	545,6	548,5	564	269,6	279	275,5	288,5
Einfuhr	466,9	487	515	237,9	249	253	262
Bruttosozialprodukt	1 580,8	1 624,5	1 670	784,0	840,5	808,5	861,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	1,8	4,5	4	4,0	5	4,5	3
Staatsverbrauch	2,2	2	2	2,2	2	2	2
Anlageinvestitionen	- 0,3	4	5	3,8	4	6,5	4,5
Ausrüstungen	9,4	8	7,5	7,7	8,5	8,5	6,5
Bauten	- 6,2	1	3,5	1,1	1	4,5	2,5
Ausfuhr	7,3	0,5	3	0,3	1	2	3,5
Einfuhr	4,7	4,5	5,5	3,1	5,5	6	5
Bruttosozialprodukt	2,5	3	3	2,5	3	3	2,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1985 ^{a)}	1986 ^{b)}	1987 ^{b)}	1986		1987	
	Jahre			1. Hj. ^{a)}	2. Hj. ^{b)}	1. Hj. ^{b)}	2. Hj. ^{b)}

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1980 = 100)
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	2,1	- 0,5	1,5	- 0,2	- 0,5	1	2
Staatsverbrauch	2,2	2,5	3	2,2	2,5	3	3
Anlageinvestitionen	1,6	1,5	2,5	1,3	1,5	2	2,5
Ausrüstungen	2,3	1	2	0,9	1	1,5	2,5
Bauten	0,9	2	2,5	1,6	2	2,5	2,5
Ausfuhr	2,6	- 1,5	0,5	- 0,8	- 1,5	0	1,5
Einfuhr	2,1	- 10,5	0,5	- 9,6	- 11,5	- 3	4
Bruttosozialprodukt	2,2	3,5	2	3,4	3,5	2,5	2

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	989,4	1 041	1 095,5	487,0	554	513	582,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	796,7	838,5	883	392,2	446,5	413,5	469,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	534,8	564,5	587,5	266,9	298	277,5	310
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	433,9	485	506,5	231,7	253,5	247,5	259
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	363,7	413	432,5	196,8	216,5	212	220,5
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ^{a)}	358,5	371,5	392,5	177,6	194	186	206,5
Nichtentnommene Gewinne	5,2	41,5	40	19,2	22,5	26,5	13,5
Volkseinkommen	1 423,3	1 526	1 602	718,7	807,5	760,5	841,5
Abschreibungen	230,8	239,5	251	118,7	121	124	127
Indirekte Steuern abzüglich Subventionen	192,9	197,5	206	94,2	103,5	98,5	107,5
Bruttosozialprodukt	1 847,0	1 963	2 059	931,6	1 031,5	982,5	1 076

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	3,8	5	5	4,9	5,5	5,5	5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	3,7	5	5,5	4,9	5,5	5,5	5
Nettolohn- und -gehaltsumme	2,3	5,5	4	5,2	6	4	4
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	2,9	4	4	3,8	4,5	4	4
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	1,5	4,5	3	4,1	4,5	2,5	3
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	8,8	12	4,5	12,1	11,5	7	2
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	8,6	13,5	4,5	13,4	14	8	2
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ^{a)}	8,1	3,5	5,5	4,1	3	4,5	6,5
Volkseinkommen	5,3	7	5	7,1	7,5	6	4
Abschreibungen	4,2	4	5	3,7	4	4,5	5,5
Indirekte Steuern abzüglich Subventionen	1,5	2,5	4	0,9	4	4,5	4
Bruttosozialprodukt	4,8	6,5	5	6,0	6,5	5,5	4,5

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte

a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	534,8	564,5	587,5	266,9	298	277,5	310
Empfangene laufende Übertragungen ^{b)}	297,3	306	316	151,5	155	156	159,5
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	397,1	413,5	442,5	198,4	215	213	229,5
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	18,3	18,5	18,5	9,1	9	9,5	9,5
Geleistete laufende Übertragungen ^{b)}	34,8	36	36,5	17,0	19	17	19,5
Verfügbares Einkommen	1 176,1	1 230	1 290,5	590,7	639,5	620,5	670
Privater Verbrauch	1 041,8	1 085,5	1 144	519,3	566,5	548,5	595,5
Ersparnis	134,3	144,5	146,5	71,4	73	72	74,5
Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	11,4	11,5	11,5	12,1	11,5	11,5	11

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	2,3	5,5	4	5,2	6	4	4
Empfangene laufende Übertragungen ^{b)}	2,2	3	3	2,2	4	3	3
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	7,3	4	7	3,2	5	7,5	6,5
Verfügbares Einkommen	3,9	4,5	5	3,9	5	5	5
Privater Verbrauch	3,9	4	5,5	3,8	4,5	5,5	5
Ersparnis	3,8	7,5	1,5	4,8	10,5	1	2

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1985 ^{a)}	1986 ^{b)}	1987 ^{b)}	1986		1987	
	Jahre			1. Hj. ^{a)}	2. Hj. ^{b)}	1. Hj. ^{b)}	2. Hj. ^{b)}
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates^{b)}							
a) Mrd. DM							
Einnahmen							
Steuern	459,5	474,5	500,5	222,0	252,5	234,5	266,5
Sozialbeiträge	320,3	337	354	158,6	178,5	166,5	187,5
Erwerbseinkünfte	35,0	34,5	29,5	20,7	14	15,5	13,5
Sonstige laufende Übertragungen	21,5	23	23,5	11,1	12	11,5	12,5
Empfangene Vermögensübertragungen	5,6	5,5	5,5	2,6	3	2,5	3
Einnahmen insgesamt	841,9	875	913	415,0	460	430	483
Ausgaben							
Staatsverbrauch	365,7	382	400,5	176,0	206	184,5	216
Zinsen	55,3	58,5	60,5	32,5	26	34	27
Laufende Übertragungen an	377,9	391	403,5	192,0	199	199	204,5
Private Haushalte	306,2	315	325	156,8	158,5	161,5	163,5
Unternehmen	40,9	42,5	44	18,9	23,5	19,5	24
Ausland	30,8	33	34,5	16,3	16,5	18	17
Geleistete Vermögensübertragungen	33,8	31,5	31	12,7	19	12,5	18,5
Nettoinvestitionen	29,0	31,5	34	12,1	19,5	13,5	21
Ausgaben insgesamt	861,7	894,5	929,5	425,3	469,5	442,5	487
Finanzierungssaldo	- 19,8	- 20	- 16,5	- 10,3	- 9,5	- 12,5	- 4

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	4,6	3,5	5,5	3,0	3,5	5,5	5,5
Sozialbeiträge	5,1	5	5	5,1	5,5	5	5
Erwerbseinkünfte	9,3	- 1,5	- 15	17,0	- 20	- 24,5	- 0,5
Sonstige laufende Übertragungen	2,0	7	3	11,5	3	2	4
Empfangene Vermögensübertragungen	- 3,6	2	- 3,5	7,4	- 2,5	- 6	- 1,5
Einnahmen insgesamt	4,9	4	4,5	4,6	3,5	3,5	5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	4,4	4,5	5	4,5	4,5	5	5
Zinsen	4,9	5,5	4	7,6	2,5	4	4,5
Laufende Übertragungen an	2,1	3,5	3	2,4	4,5	3,5	3
Private Haushalte	2,4	3	3	2,2	3,5	3	3
Unternehmen	1,6	4,5	2,5	4,0	4,5	4	2
Ausland	- 0,5	7	5	2,5	12	9,5	1
Geleistete Vermögensübertragungen	- 1,1	- 6,5	- 2	- 9,3	- 4	- 2,5	- 2
Nettoinvestitionen	- 0,4	9	8	10,9	8	9,5	7
Ausgaben insgesamt	3,0	4	4	3,5	4	4	4

^{a)} Statistisches Bundesamt (Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1986) sowie eigene Berechnungen von Arbeitszeit und Produktivität; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — ^{b)} Vorausschätzungen der beteiligten Institute; Angaben gerundet. — ^{c)} Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. — ^{d)} Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigenstunde. — ^{e)} Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. — ^{f)} Soziale Leistungen (nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge), Vorruhestandsgeld sowie Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck. — ^{g)} Nichtzurechenbare Steuern, freiwillige Sozialversicherungsbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — ^{h)} Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer * 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp
Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Reinhard Pohl, Peter Ring (kommissarisch), Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.
Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.
Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 110,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.
Zuzüglich Versandkosten.

— Hierzu ein Prospekt des Verlages Duncker & Humblot —